

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>	
47 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land mbH	261
48 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück und dem Kreis Warendorf gemeinsam bezeichnet als „die Vertragsparteien“ und Anlage 1 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	263
50 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH	265
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>	
165 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) für straßenbauliche Maßnahmen in der <b>Gemeinde Hilter a.T.W.</b>	267
166 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Gemeinde Berge</b> über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018	267
167 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Samtgemeinde Fürstenau</b> über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018	267
168 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Stadt Fürstenau</b> über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018	267
169 Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 27 "Wohnpark Badberger Straße" im beschleunigten Verfahren gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung der <b>Stadt Quakenbrück</b>	268
170 Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 "An der Großen Mühlenhase" gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung der <b>Stadt Quakenbrück</b>	268
171 Satzung über eine Veränderungssperre in der <b>Stadt Quakenbrück</b> für den Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 A „Kuhstraße - West“	269
172 Satzung über eine Veränderungssperre in der <b>Stadt Quakenbrück</b> für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 75 "Wilhelmstraße Süd-Hindenburgstraße-Koppelstraße-Richterstraße"	269
173 Satzung über eine Veränderungssperre in der <b>Stadt Quakenbrück</b> für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 "Hakenkamp-Nord"	270
174 Satzung über eine Veränderungssperre in der <b>Stadt Quakenbrück</b> für den Geltungsbereich der 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Artlandstraße Ost“	270
175 Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 8 San. „Rosinenstraße“, 1. Änderung der <b>Stadt Dissen am Teutoburger Wald</b>	271
176 Beteiligungsbericht der <b>Gemeinde Bohmte</b> für das Haushaltsjahr 2020	272
177 Bekanntmachung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplans der <b>Gemeinde Bohmte</b>	272
178 Bekanntmachung des Bebauungsplans Nr. 108 „In der Oelinger Heide“ in der <b>Gemeinde Bohmte</b>	273
179 Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der <b>Gemeinde Hagen a.T.W.</b>	273
180 10. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der <b>Gemeinde Bad Rothenfelde</b> (Wasserabgabensatzung) vom 19.12.2019	274
181 Bekanntmachung der <b>Gemeinde Voltlage</b> über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 19 „Östlich und westlich der Küsterstraße“, Voltlage	275
182 Bekanntmachung der Genehmigung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der <b>Gemeinde Bissendorf</b>	275
183 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 161 „Westlich Lüstringer Straße“ der <b>Gemeinde Bissendorf</b>	276
184 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 159 „Der Winkel - Erweiterung“ der <b>Gemeinde Bissendorf</b>	277
185 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 76 „Urbanes Gebiet St.-Georg-Straße“ der <b>Stadt Fürstenau</b> gem. § 10 BauGB	277
186 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 193 „Östlich Johann-Spratte-Weg“ der <b>Gemeinde Hagen a.T.W.</b> , Landkreis Osnabrück	278
187 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der <b>Gemeinde Bad Rothenfelde</b> über die konsolidierten Gesamtabstufungen für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017	279
188 Friedhofssatzung der <b>Samtgemeinde Fürstenau</b>	279
189 Satzung zur 1. Änderung und Ergänzung der Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der <b>Stadt Georgsmarienhütte</b> vom 09.07.2020	289
190 Satzung der <b>Stadt Georgsmarienhütte</b> für das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Georgsmarienhütte (Friedhofssatzung) vom 09.07.2020	290
191 Bekanntmachung des OÖWV, Anlage zu den Versorgungsbedingungen, Preisregelungen des OÖWV für die Versorgung mit Trinkwasser, <b>Brake</b>	298

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

47

## Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land mbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner, hat mit Datum vom 24. April 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss der WIGOS Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land mit beschränkter Haftung, Osnabrück - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der WIGOS Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land mit beschränkter Haftung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.“

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung ge-

wonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157,158 NKomVG i.V.m. §30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weiter-

gehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen -beabsichtigten oder unbeabsichtigten- falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen -beabsichtigten oder unbeabsichtigten- falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichend Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157, 158 Nds. Kommunalverfassungsgesetz

(NKomVG) i.V. m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Wir haben unsere Prüfung nach § 30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitgehend beschrieben.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 30 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte beinhaltet.

„Ergänzende Feststellungen des **Rechnungsprüfungsamtes** gemäß § 28 Abs. 3 Satz 2 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 16. Juni 2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler

Der Aufsichtsrat der WIGOS GmbH hat in seiner Sitzung am 10. Juni 2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2019 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 185.485,01 € festgestellt. Dem Geschäftsführer Siegfried Averhage wurde in der Gesellschafterversammlung am 11.06.2020 für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß § 31 i.V.m. § 32 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung – EigBetrVO) vom 15.08.1989 (Nds. GVBl. S.318)

in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Aufsichtsratssitzung über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der WIGOS GmbH für das Geschäftsjahr 2019 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der WIGOS GmbH, Am Schölerberg 1 (Kreishaus), Zimmer 4716, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, den 06. Juli 2020

**WIGOS GmbH**  
**Wirtschaftsförderungsgesellschaft**  
**Osnabrücker Land mbH**  
Siegfried Averhage  
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

48

## **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung**

**zwischen**  
**dem Landkreis Osnabrück**

**und**

**dem Kreis Warendorf**  
**gemeinsam bezeichnet als „die Vertragsparteien“**

### **Präambel**

Der Landkreis Osnabrück ist gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 4 NNVG und der Kreis Warendorf ist gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG NRW als Aufgabenträger für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV innerhalb ihrer bzw. seiner Gebietsgrenzen zuständig. Sie sind in ihrem Wirkungskreis „zuständige Behörden“ im Sinne der VO 1370/2007. Der Kreis Warendorf beabsichtigt das Linienbündel Warendorf 7 zum 08.01.2022 neu zu vergeben. Diese Vergabe soll auch den Linienabschnitt der TaxiBus-Linie 313 umfassen, der auf dem Gebiet des Landkreises Osnabrück liegt. Die Vertragsparteien sind sich einig, dass dieser Linienabschnitt in die beabsichtigte Vergabe des Kreises Warendorf rechtssicher einbezogen werden soll. Gemäß Art. 2 Abs. 2 i.V.m. Art. 1 lit. a) des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände vom 26. November 1969 ist für den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen das Recht des Landes NRW maßgeblich, dem der Kreis Warendorf als Übernehmer der Aufgabe angehört. Die vorliegend beabsichtigte Übertragung der Vergabezuständigkeit richtet sich somit nach § 23 Abs. 1 Alt. 1 GKG. Die Vereinbarung setzt voraus, dass die Vergabeabsicht des Kreises Warendorf umgesetzt wird.

### **§ 1**

**Aufgabenübertragung der Vergabezuständigkeit**  
**von dem Landkreis Osnabrück auf den Kreis Warendorf**

- (1) Der Landkreis Osnabrück überträgt für den in der Anlage 1 aufgeführten Linienabschnitt des Linienverkehrs gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 i. V. mit § 42 PBefG seine Vergabezustän-

digkeit im Sinne von Art. 3 Abs. 1 VO 1370/2007 und § 4 Abs. 4 NNVG auf den Kreis Warendorf (§ 23 Abs. 1 Alt. 1 und Abs. 2 Satz 1 GKG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände), soweit der Kreis Warendorf diesen Linienabschnitt in die beabsichtigte Vergabe einbezieht. Die Zuständigkeit des Landkreises Osnabrück als Aufgabenträger und im Übrigen auch zur Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen zur Erbringung von Verkehrsleistungen, die im Interesse des Landkreises Osnabrück erbracht werden oder künftig erbracht werden sollen, bleibt auch auf dem in Anlage 1 genannten Linienabschnitt hiervon unberührt.

Die Übertragung umfasst die Auftragsvergabe einschließlich der Sicherstellung der Betriebsleistungen sowie die Gewährung eines ausschließlichen Rechts gemäß § 8a Abs. 8 PBefG. Der Inhalt der Ausschließlichkeit ist zwischen den Vertragsparteien verbindlich abzustimmen, insbesondere zur Vermeidung einer Kollision mit Verkehrsleistungen, die im Interesse des Landkreises Osnabrück erbracht werden oder künftig erbracht werden sollen. Die Festlegungen über Art und Umfang der gewährten Ausschließlichkeit erfolgt im öffentlichen Dienstleistungsauftrag zugunsten des dann fahrenden betriebsführenden Verkehrsunternehmens unter Einhaltung der Vorgaben von § 8a Abs. 8 PBefG.

- (2) Der Kreis Warendorf nimmt die Übertragung an, wird den Linienabschnitt gemäß Anlage 1 in seine Vergabe mit Wirkung zum 08.01.2022 (Betriebsaufnahme) und einer Laufzeit bis zum letzten Tag der (von der Kultusministerkonferenz noch nicht festgelegten) Weihnachtsferien 2029/30 in NRW einbeziehen und das Leistungsangebot gemäß § 2 Abs. 1 sicherstellen.

### **§ 2**

**Abstimmung des Leistungsangebots**

- (1) Für das verkehrliche Leistungsangebot auf dem Linienabschnitt gemäß Anlage 1 gelten im Zeitpunkt der Betriebsaufnahme die im Nahverkehrsplan des Kreises Warendorf getroffenen Festlegungen für die Linienführung, Haltestellenlage und das Fahrplanangebot und ggf. Qualitätsvorgaben, insbesondere hinsichtlich der einzusetzenden Fahrzeuge. Der Kreis Warendorf wird diese Vorgaben in die Anforderungen der Vorabkennzeichnung und den zu vergebenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag übernehmen.
- (2) Änderungen des verkehrlichen Leistungsangebots während der Laufzeit dieser Vereinbarung sind mit dem Landkreis Osnabrück abzustimmen. Die Abstimmung kann im Zuge einer Fortschreibung des Nahverkehrsplans erfolgen. Eine Änderung des Fahrplantaktes oder der Fahrtenhäufigkeit bedarf des Einvernehmens zwischen den Vertragsparteien.

### **§ 3**

**Finanzierung**

- (1) Für die Sicherstellung der Verkehrsleistungen auf dem Linienabschnitt gemäß Anlage 1 wird dem Übernehmer vom Überträger keine Kostenerstattung gewährt.

- (2) Die Zuständigkeiten für die Verwendung und Weiterleitung der Finanzmittel nach dem NNVG (insbesondere § 7a und § 7b) bleiben von dieser Vereinbarung unberührt; insofern bleibt es bei den bestehenden Regelungen. Die Vertragsparteien sind bereit, diese Finanzierungszuständigkeit zu überprüfen, wenn Sachverhalte eintreten, die die Sachgerechtigkeit oder Angemessenheit des Status quo in Zweifel ziehen.

#### § 4 Verfahrenskosten

Die Verwaltungs- sowie Verfahrenskosten für die Durchführung der übernommenen Aufgabe (Eigenkosten sowie ggf. Kosten externer Berater) einschließlich der Kosten etwaiger Rechtsschutzverfahren trägt vorbehaltlich der Regelung in § 5 der Kreis Warendorf.

#### § 5 Haftung für Schadensersatz- und Kostenerstattungsansprüche

Der Kreis Warendorf übernimmt mit der übertragenen Aufgabe alle bei deren Wahrnehmung ggf. eintretenden Schadensersatz- oder Kostenerstattungspflichten gegenüber Dritten und stellt den Landkreis Osnabrück insoweit von jeder Haftung frei. Dies gilt auch für mögliche Kosten eines etwaigen Nachprüfungsverfahrens bzw. sonstigen Rechtsschutzverfahrens in allen Instanzen und ebenso für berechnete Ansprüche Dritter.

#### § 6 Wirksamwerden und Laufzeit

- (1) Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Aufsichtsbehörde wird das Einvernehmen mit der oberen Kommunalaufsichtsbehörde des Landes Niedersachsen herbeiführen, bevor sie über die Genehmigung entscheidet (Art. 3 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände). Der Kreis Warendorf wird diese Genehmigung zugleich im Namen des Landkreises Osnabrück beantragen.
- (2) Diese Vereinbarung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde in Kraft.
- (3) Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum letzten Tag der (von der Kultusministerkonferenz noch nicht festgelegten) Weihnachtsferien 2029/2030 in NRW.

Sie endet vorzeitig, wenn und soweit

- der öffentliche Dienstleistungsauftrag nicht erteilt wird, in den die Linie T313 gemäß Anlage 1 einbezogen werden soll, insbesondere im Fall einer erfolgreichen eigenwirtschaftlichen Antragstellung,
  - der öffentliche Dienstleistungsauftrag, in den der Linienabschnitt einbezogen ist, vorzeitig endet oder
  - der Verkehr auf dem Linienabschnitt ersatzlos und endgültig eingestellt wird
- jeweils zum Endschaftszeitpunkt.

#### § 7 Streitschlichtung

- (1) Im Falle von Streitigkeiten bei der Auslegung oder Anwendung dieser Vereinbarung werden die Vertragsparteien die Aufsichtsbehörde um eine Schlichtung und ggf. einen Schlichtungsvorschlag bitten.

- (2) Jede Vertragspartei ist frei, einen Schlichtungsvorschlag abzulehnen und den Rechtsweg zu beschreiten.

#### § 8 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Vereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (2) Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen gemäß § 24 Abs. 1 GKG der Schriftform. Sie bedürfen zudem gemäß Art. 3 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften und Wasser- und Bodenverbände der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen der Vereinbarung hiervon nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine Regelung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung so nahe wie möglich kommt. Gleiches gilt für den Fall, dass die Parteien nachträglich feststellen, dass die Vereinbarung lückenhaft ist. Zum wirtschaftlichen Zweck gehören auch verkehrliche Ziele.

Folgende Anlage ist Bestandteil dieser Vereinbarung:  
Anlage 1 Übertragener Linienabschnitt

Datum und Unterschriften

Warendorf, den TT.MM.2020

Für den Kreis Warendorf

Osnabrück, den TT.MM.2020

Für den Landkreis Osnabrück

Anlage 1

#### Regelung der Vergabezuständigkeit der kreisgrenzen- überschreitenden Linie T313 aus dem Bündel Warendorf 7 von/nach dem Landkreis Osnabrück

AT 1 = Übernehmer	AT 2 = Überträger	Linie	Linienverlauf	TFplkm AT1	TFplkm AT2
Kreis Warendorf	Landkreis Osnabrück	T313	Ostbevern - Glandorf	16	14

AT = Aufgabenträger

Werte: Jahresfahrplankilometer im Normjahr

TFplkm = Fahrplankilometer in Tausend; TaxiBus-Linie, Fahrten mit der maximalen Fahrplanleistung berücksichtigt

## Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 12.12.2019 (BGBl. I S. 2513) geprüft.

Aktenzeichen: 11-mel-02040-20  
Antragsteller: Christina Heinker  
Baugrundstück: Melle, Niedereschweg 6  
Gemarkung: Tittingdorf  
Flur: 3  
Flurstück(e): 26/3

### Anlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Anzeige nach § 15 BImSchG über eine unwesentliche Änderung,

hier:

Neubau einer Misch- und Mahlanlage mit Getreidesilo und Brückenwaage für einen Schweinemast- und Zuchtbetrieb

Geplant ist der Neubau einer Misch- und Mahlanlage mit Getreidesilo und Brückenwaage in der Stadt Melle, Gemarkung Tittingdorf, Flur 3, Flurstück 26/3.

Auf dem Betrieb sind 558 Sauen (niedertragend, leer), 6 Eber, 161 Sauen (ferkelführend), 26 Jungsauen und 3.150 Aufzuchtferkel genehmigt. Daher ist gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG i.V.m. Nr. 7.11.3 der Anlage 1 des UVPG für die Änderung des Vorhabens eine standortbezogene UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen erkennbar sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit kann für folgende (sämtliche) Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 Nr. 8 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gem. §§ 25, 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützten Landschaftsbestandteile, insbesondere Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Es sind insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 31.07.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

50

## Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HLB Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH Osnabrück, hat mit Datum vom 11. Juni 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### „BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die VHS Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Osnabrück

#### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VHS Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Osnabrück – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VHS Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Osnabrück, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

*Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche, oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

*Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter <https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie> eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 18.06.2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler

Der Aufsichtsrat der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH hat in seiner Sitzung am 06. Juli 2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2019 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 7.501.102,26 € festgestellt. Dem Geschäftsführer Jörg Temmeyer wurde für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Dem Aufsichtsrat wurde per Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 14. Juli 2020 für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß §§ 158, 157 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 34 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 27. Januar 2011 werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH für das Geschäftsjahr 2019 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, 17. Juli 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden  
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

165

**1. Änderungssatzung  
zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen  
nach § 6 des niedersächsischen  
Kommunalabgabengesetzes (NKAG)  
für straßenbauliche Maßnahmen in der  
Gemeinde Hilter a.T.W.**

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 1 vom 31. Oktober 2016; (Nds. GVBl. S. 226 ff.) und des § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. Nr. 7/2017 S. 121), zuletzt ge-ändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. Nr. 18/ 2019 S. 309), hat der Rat der Gemeinde. Hilter a.T.W. in seiner Sitzung am 02.07.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

**Artikel I**

Die Satzung wird wie folgt geändert:

**§ 5 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:**

Die Verteilung auf diese Grundstücke erfolgt im Verhältnis der Nutzflächen, die sich für sie aus der Vervielfachung der Grundstücksfläche mit dem aus den §§ 6 und 7 maßgeblichen Nutzungsfaktor und unter Anwendung der Regelung in § 7 a ergeben.

**Die Satzung wird um Paragraph 7 a ergänzt:**

Für Grundstücke, die ausschließlich oder überwiegend zu Wohnzwecken genutzt werden und die zu zwei oder mehr Verkehrsanlagen nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können, wird die Grundstücksfläche bei der Ermittlung des Beitragssatzes mit zwei Drittel angesetzt, sobald alle Verkehrsanlagen voll in der Baulast der Gemeinde stehen und diese gleichartig sind. Stehen die Verkehrsanlagen nicht voll in der Baulast der Gemeinde oder sind diese nicht gleichartig, wird die Vergünstigung nach Satz 1 nur für die in der Baulast der Gemeinde stehenden gleichartigen Teile der Verkehrsanlagen angesetzt.

**Artikel II**

Diese Änderungssatzung tritt nach Bekanntmachung in Kraft.

Hilter a.T.W., den 03.07.2020

**Gemeinde Hilter a.T.W.**

Der Bürgermeister

i. V. Rüter

(Siegel)

166

**Bekanntmachung  
des Beschlusses des Rates der Gemeinde Berge  
über den Jahresabschluss und die Entlastung  
für das Haushaltsjahr 2018**

Der Rat der Gemeinde Berge hat in seiner Sitzung am 01.07.2020 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 03. August 2020 bis 12. August 2020 nach vorheriger Terminabsprache während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Gemeindebüro Berge, Tempelstraße 8, 49626 Berge, öffentlich aus.

Berge, 06.07.2020

**Gemeinde Berge**

Der Bürgermeister

Brandt

167

**Bekanntmachung  
des Beschlusses des Rates der  
Samtgemeinde Fürstenau  
über den Jahresabschluss und die Entlastung  
für das Haushaltsjahr 2018**

Der Rat der Samtgemeinde Fürstenau hat in seiner Sitzung am 25.06.2020 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen und dem Samtgemeindebürgermeister Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 03. August 2020 bis 12. August 2020 nach vorheriger Terminabsprache während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Verwaltungsgebäude Fürstenau, Schlossplatz 1, Zimmer 33, 49584 Fürstenau, öffentlich aus.

Fürstenau, 07.07.2020

**Samtgemeinde Fürstenau**

Der Samtgemeindebürgermeister

i. V. Moormann

168

**Bekanntmachung  
des Beschlusses des Rates der Stadt Fürstenau  
über den Jahresabschluss und die Entlastung  
für das Haushaltsjahr 2018**

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 30.06.2020 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen und dem Stadtdirektor Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 03. August 2020 bis 12. August 2020 nach vorheriger Terminabsprache während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Verwaltungsgebäude Fürstenau, Schlossplatz 1, Zimmer 33, 49584 Fürstenau, öffentlich aus.

**Fürstenau, 07.07.2020**

**Stadt Fürstenau**  
Der Stadtdirektor  
i. V. Moormann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

**169**

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes**  
**Nr. 27 "Wohnpark Badberger Straße"**  
**im beschleunigten Verfahren gemäß Baugesetzbuch**  
**in der zur Zeit geltenden Fassung der**  
**Stadt Quakenbrück**

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 06.07.2020 den Bebauungsplan Nr. 27 "Wohnpark Badberger Straße" nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Die Aufstellung dieser Bebauungsplanänderung erfolgte im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a des Baugesetzbuches (BauGB).

Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 3.347 m<sup>2</sup> und bezieht sich auf die Flurstücke 105/2 und einer Teilfläche von 225/4, Flur 12 der Gemarkung Quakenbrück. Gegenstand der Aufstellung ist die Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 27 „Wohnpark Badberger Straße“ nebst Begründung im beschleunigten Verfahren gemäß § 10 Baugesetzbuch rechtsverbindlich.

Jedermann kann die Bebauungsplanänderung und die Begründung während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung

der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Bebauungsplanänderung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

**Quakenbrück, 08.07.2020**

**Stadt Quakenbrück**  
Der Stadtdirektor  
i. V. Wuller

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

**170**

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten der 4. Änderung des**  
**Bebauungsplanes Nr. 56 "An der Großen Mühlenhase"**  
**gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden**  
**Fassung der Stadt Quakenbrück**

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 06.07.2020 die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 "An der Großen Mühlenhase" nebst Begründung als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wurde aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt.

Der Geltungsbereich umfasst das Grundstück Kramershagen 4/6 mit einer Größe von 8.348 m<sup>2</sup> und bezieht sich auf die Flurstücke 3/26 und 3/27, Flur 10, der Gemarkung Quakenbrück.

Gegenstand der Änderung ist die Neuordnung der Nutzungsmöglichkeiten im festgesetzten Sondergebiet.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56 „An der Großen Mühlenhase“ nebst Begründung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) rechtsverbindlich.

Jedermann kann die Bebauungsplanänderung und die Begründung während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a beachtlich sind.



Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Bebauungsplanänderung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 08.07.2020

**Stadt Quakenbrück**  
Der Stadtdirektor  
i. V. Wuller

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

171

**Satzung**  
**über eine Veränderungssperre**  
**in der Stadt Quakenbrück**  
**für den Geltungsbereich der 4. Änderung des**  
**Bebauungsplanes Nr. 2 A „Kuhstraße - West“**

Auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung, i.V.m. den §§ 10 und 11 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Quakenbrück in seiner Sitzung am 06.07.2020 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

**§ 1**

Für den Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 A „Kuhstraße - West“ wird eine Veränderungssperre angeordnet.

Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 67.332 m<sup>2</sup> und bezieht sich auf den Bereich zwischen der Bahnhofstraße und St. Antoniort im Norden, der Kuhstraße im Osten, der Richterstraße im Süden sowie der Koppelstraße im Westen. Der Geltungsbereich ist zudem aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



**§ 2**

Im unter § 1 bezeichneten Geltungsbereich dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden und
2. erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen der Grundstücke und baulichen Anlagen, deren Veränderungssperren nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigespflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann eine Ausnahme zugelassen werden.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Quakenbrück, 08.07.2020

**Stadt Quakenbrück**  
(Siegel)

Brüggemann  
Bürgermeister

Poppe  
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

172

**Satzung**  
**über eine Veränderungssperre**  
**in der Stadt Quakenbrück**  
**für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 75**  
**„Wilhelmstraße Süd-Hindenburgstraße-Koppelstraße-**  
**Richterstraße“**

Auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung, i.V.m. den §§ 10 und 11 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Quakenbrück in seiner Sitzung am 06.07.2020 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

**§ 1**

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 75 "Wilhelmstraße Süd-Hindenburgstraße-Koppelstraße-Richterstraße" wird eine Veränderungssperre angeordnet.

Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 10,18 ha und wird folgendermaßen begrenzt:

Im Norden durch das Grundstück des Bahnhofs, der Bahnhofstraße sowie im weiteren Verlauf durch die südlichen Grenzen der Grundstücke Bahnhofstraße 38-44, Hindenburgstraße 1 und Koppelstraße 1, im Osten durch die Koppelstraße, im Süden durch die Grundstücke Kuhstraße 37 und Richterstraße 4-52 sowie im weiteren Verlauf durch die Wilhelmstraße.

Der Geltungsbereich ist zudem aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



## § 2

Im unter § 1 bezeichneten Geltungsbereich dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden und
2. erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen der Grundstücke und baulichen Anlagen, deren Veränderungssperren nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann eine Ausnahme zugelassen werden.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Quakenbrück, 08.07.2020

**Stadt Quakenbrück**  
(Siegel)

Brüggemann  
Bürgermeister

Poppe  
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

173

### **Satzung über eine Veränderungssperre in der Stadt Quakenbrück für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 "Hakenkamp-Nord"**

Auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung, i.V.m. den §§ 10 und 11 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Quakenbrück in seiner Sitzung am 06.07.2020 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

## § 1

Für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38 "Hakenkamp-Nord" wird eine Veränderungssperre angeordnet.

Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 11,37 ha und wird folgendermaßen begrenzt:

Im Norden durch das Grundstück der Wegeparzelle Gemarkung Quakenbrück, Flur 8, Flurstück 230/3, im Osten durch die östlichen Grenzen der Grundstücke Bürgermeister-Tepe-Straße 1-9, Plückmannstraße 22 sowie Falkenstraße 1-15, im Süden durch die Kampstraße und im Westen durch die Bremer Straße-K134.

Der Geltungsbereich ist zudem aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



## § 2

Im unter § 1 bezeichneten Geltungsbereich dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden und
2. erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen der Grundstücke und baulichen Anlagen, deren Veränderungssperren nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann eine Ausnahme zugelassen werden.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Quakenbrück, 08.07.2020

**Stadt Quakenbrück**  
(Siegel)

Brüggemann  
Bürgermeister

Poppe  
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

174

### **Satzung über eine Veränderungssperre in der Stadt Quakenbrück für den Geltungsbereich der 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Artlandstraße Ost“**

Auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung, i.V.m. den §§ 10 und 11 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat

der Stadt Quakenbrück in seiner Sitzung am 11.05.2020 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

## § 1

Für den Geltungsbereich der 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 „Artlandstraße Ost“ wird eine Veränderungssperre angeordnet.

Der Geltungsbereich der Änderung umfasst eine Flächengröße von ca. 17,69 ha und wird folgendermaßen begrenzt: Im Norden durch die Artlandstraße sowie zwischen den Grundstücken Artlandstraße 9 bis 31 durch deren nördliche Grundstücksgrenzen, im Osten durch die Friedrichstraße, im Süden durch die Danziger Straße (unter Ausschluss des Bundeswehrgeländes der Artlandkaserne) sowie im Westen durch die Lindenstraße.

Der Geltungsbereich ist zudem aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



## § 2

Im unter § 1 bezeichneten Geltungsbereich dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden und
2. erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen der Grundstücke und baulichen Anlagen, deren Veränderungssperren nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann eine Ausnahme zugelassen werden.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Quakenbrück, 08.07.2020

**Stadt Quakenbrück**  
(Siegel)

Brüggemann  
Bürgermeister

Poppe  
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

175

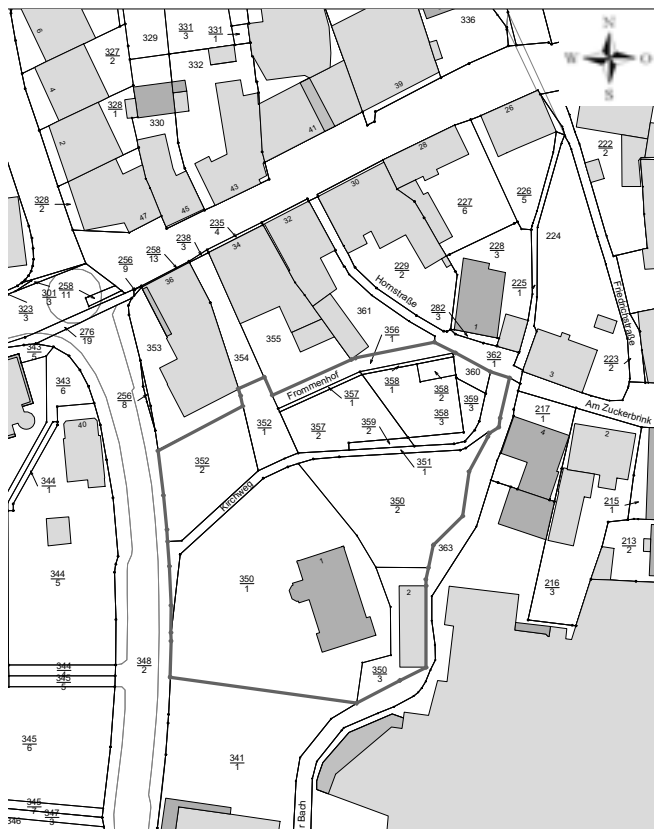
### **Bekanntmachung** **über den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan** **Nr. 8 San. „Rosinenstraße“, 1. Änderung** **der Stadt Dissen am Teutoburger Wald**

Der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald hat in seiner Sitzung am 23.03.2020 den Bebauungsplan Nr. 8 San. „Rosinenstraße“, 1. Änderung, einschließlich Entwurfsbegründung mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuches vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020, als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 San. „Rosinenstraße“ liegt in der Stadt Dissen aTW, östlich der Straße Auf der Worth, westlich des Dissener Baches und südlich der Straße Frommenhof. Er umfasst dort die Flurstücke 350/1, 350/2, 350/3, 351/1, 352/1, 352/2, 356/1, 357/1, 357/2, 358/1, 358/2, 358/3, 359/2, 359/3, 360, der Flur Nr. 9, Gemarkung Dissen.

Der Bebauungsplan Nr. 8 San. „Rosinenstraße“, 1. Änderung, hat eine Größe von etwa 0,67 ha.

Die Lage des Plangebietes ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der o.g. Bebauungsplan kann gemäß § 10 BauGB i.d.F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuches vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020 ab sofort im Rathaus der Stadt Dissen aTW, Große Straße 33, 49201 Dissen, im Fachbereich Planen, Bauen und Ordnung, Zimmer 1.01, von jedermann eingesehen werden.

Jedermann kann über den Inhalt des o.g. Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 8 San. „Rosinenstraße“, 1. Änderung gemäß § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Ziffer 1 – 3 BauGB i.d.F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt ge-

ändert durch die Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuches vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung der Bebauungsplansatzung schriftlich gegenüber der Stadt Dissen aTW geltend gemacht worden sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

**Dissen aTW**, den 09. Juli 2020

**Stadt Dissen am Teutoburger Wald**

Der Bürgermeister

(Siegel)

Eugen Görlitz

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

176

### **Beteiligungsbericht der Gemeinde Bohmte für das Haushaltsjahr 2020**

Gemäß § 151 NKomVG haben die Kommunen einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und über die Beteiligungen daran zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Mit dem Beteiligungsbericht 2020 auf Grundlage der Jahresabschlüsse und Prüfberichte der Beteiligungen des Jahres 2018 kommt die Gemeinde Bohmte dieser rechtlichen Verpflichtung nach und gibt damit einen Überblick über ihre wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen Wirtschafts- und Strukturförderung/ Wohnungswesen, Verkehr, Versorgung und weitere Beteiligungen/Mitgliedschaften an Vereinen/Verbänden.

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 09. Juli 2020 den Beteiligungsbericht zur Kenntnis genommen.

### **Bekanntmachung des Beteiligungsberichts**

Der Beteiligungsbericht für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Beteiligungsbericht liegt nach § 151 Satz 5 NKomVG vom 01.08.2020 bis 11.08.2020 in der Gemeindeverwaltung Bohmte, Rathaus, Bremer Str. 4, 49163 Bohmte, Zimmer 15, zu folgenden Öffnungszeiten Montag bis Freitag 08.00-12.00 Uhr, Donnerstag 14.00-18.00 Uhr, nach vorheriger Terminabsprache, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

**Bohmte**, den 10. Juli 2020

**Gemeinde Bohmte**

Die Bürgermeisterin

Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

177

### **Bekanntmachung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Bohmte**

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat die 20. Änderung des Flächennutzungsplans am 26. September 2019 in öffentlicher Sitzung festgestellt. Gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) bedarf die Änderung des Flächennutzungsplans der Genehmigung. Diese wurde mit Schreiben des Landkreises Osnabrück vom 11. März 2020 unter Az.: 6.3-13-20-2019 erteilt und wird hiermit gem. § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Änderungsbereich der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes liegt in der Gemeinde Bohmte westlich des Ortsteils Stirpe. Er befindet sich nördlich der Straße „Am Schützenplatz“ und südlich der Osnabrücker Straße (B 51). Die genaue Lage des Plangebiets ist im nachfolgenden Kartenausschnitt, der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt:



Die genehmigte 20. Änderung des Flächennutzungsplanes wird ab sofort zusammen mit der Planzeichnung, Planbegründung mit Umweltbericht und mit dem Bestandsplan Biotoptypen bei der Gemeinde Bohmte, Rathaus, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte, Zimmer 23, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht (nach vorheriger Terminabsprache unter Tel. 05471/808-44) bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Ebenso sind die Bekanntmachung der Genehmigung der 20. Änderung des Flächennutzungsplans und alle Dokumente auch auf der Internetseite der Gemeinde Bohmte [www.bohmte.de](http://www.bohmte.de) abrufbar.

**Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes in Kraft.**

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB

eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bohmte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bürgermeisterin  
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

178

### **Bekanntmachung des Bebauungsplans Nr. 108 „In der Oelinger Heide“ der Gemeinde Bohmte**

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 26. September 2019 den Bebauungsplan Nr. 108 „In der Oelinger Heide“, bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der aktuell geltenden Fassung als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt. Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück tritt der Bebauungsplan Nr. 108 „In der Oelinger Heide“ in Kraft.

Der Geltungsbereich liegt in der Gemarkung Stirpe-Oelingen, nördlich der Straße „Am Schützenplatz“ und südlich der Osnabrücker Straße. Er umfasst eine Größe von ca. 10,8 ha. Die genaue Lage des Plangebietes ist im nachfolgenden Kartenausschnitt, der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt:



Der Bebauungsplan Nr. 108 „In der Oelinger Heide“ wird ab sofort zusammen mit der Begründung und allen Anlagen (Bestandsplan Biototypen, Grünordnungsplan, Fachbeitrag

Schallschutz, Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag) bei der Gemeinde Bohmte, Rathaus, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte, Zimmer 23, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht (nach vorheriger Terminvereinbarung unter Tel. 05471/808-44) bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Ebenso sind alle Dokumente auf der Internetseite [www.bohmte.de](http://www.bohmte.de) zu finden.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bohmte unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die Bürgermeisterin  
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

179

### **Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Hagen a.T.W.**

Aufgrund der §§ 8, 9 und 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. in seiner Sitzung am 09.07.2020 folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Rechtsstellung**

- (1) Der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. entscheidet über die Berufung und Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Hagen a.T.W. ist ehrenamtlich tätig.
- (3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist unmittelbar dem Bürgermeister unterstellt. Bei der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben ist sie nicht weisungsgebunden.

#### **§ 2 Tätigkeit**

- (1) Die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten soll dazu beitragen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen. Sie wirkt nach Maßgabe dieser Satzung an allen Vorhaben, Entscheidungen, Programmen

und Maßnahmen mit, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anerkennung der gleichwertigen Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben.

- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte kann zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Zielsetzung, insbesondere zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Maßnahmen anregen, die die Arbeitsbedingungen innerhalb der Verwaltung, personelle, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes der Kommune oder Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft betreffen.
- (3) Der Rat kann der Gleichstellungsbeauftragten weitere Aufgaben zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern übertragen. Die Gleichstellungsbeauftragte kann dem Rat hierfür Vorschläge unterbreiten.

### **§ 3 Befugnisse**

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte kann an allen Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ausschüsse des Rates und der Ausschüsse nach § 73 NKomVG teilnehmen. Sie ist auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte kann verlangen, dass ein bestimmter Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der Sitzungen der in Abs. 1 aufgeführten Gremien gesetzt wird.
- (3) Widerspricht die Gleichstellungsbeauftragte in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich betreffen, dem Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses für den Rat, so hat der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentliche Begründung hinzuweisen.
- (4) Absatz 3 ist auf die Beschlussvorschläge für den Verwaltungsausschuss entsprechend anzuwenden.
- (5) Die Gleichstellungsbeauftragte ist auf Verlangen des Rates verpflichtet, Auskunft über ihre Tätigkeit zu geben. Dies gilt nicht für Angelegenheiten, die der Geheimhaltung (§ 6 Abs. 3 Satz 1 NKomVG) unterliegen.

### **§ 4 Beteiligungsrechte**

- (1) Der Bürgermeister hat die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte in allen Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich betreffen, rechtzeitig zu beteiligen und ihr die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt insbesondere in Personalangelegenheiten.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in dem für die sachgerechte Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang berechtigt, Einsicht in die Akten der Gemeindeverwaltung zu nehmen, in Personalakten jedoch nur mit Zustimmung der betroffenen Bediensteten.
- (3) Der Bürgermeister berichtet dem Rat gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten regelmäßig, mindestens jedoch alle 3 Jahre, über die Maßnahmen, die zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung durchge-

führt worden sind und über deren Auswirkungen (§ 9 Abs. 7 NKomVG).

### **§ 5 Öffentlichkeitsarbeit**

- (1) Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte kann die Öffentlichkeit unter Beachtung der Bestimmungen der §§ 40 bis 42 NKomVG über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten.

### **§ 6 Verschwiegenheitspflicht**

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte darf, auch nach Beendigung der Tätigkeit, über Angelegenheiten, die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt der Bürgermeister.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat die jeweils einschlägigen Datenschutzvorschriften zu beachten.

### **§ 7 Inkrafttreten**

Die Satzung über die Rechtsstellung der Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinde Hagen a.T.W. tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Rechtsstellung der Frauenbeauftragten der Gemeinde Hagen a.T.W. vom 05.03.1997 und die Richtlinie für die Arbeit der Frauenbeauftragten vom 25.02.1998 außer Kraft.

Hagen a.T.W., den 09.07.2020

**Gemeinde Hagen a.T.W.**

(Siegel)

Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

180

## **10. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Bad Rothenfelde (Wasserabgabensatzung) vom 19.12.2019**

Auf Grund der §§ 10 und 111 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) i. V. m. §§ 1, 2 und 5 des Nds. Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i. d. F. der Neubekanntmachung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 09.07.2020 die folgende Änderungssatzung beschlossen:

### **Artikel 1**

**§ 15 – Gebührensatz** – erhält folgende Fassung:

Für die Benutzung der Wasserversorgungsanlage wird eine Gebühr in Höhe von 1,40 €/m³ zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer erhoben.

## Artikel 2

**§ 21 – Umsatzsteuer** – erhält folgende Fassung:

Die Abgaben und Entgeltsätze verstehen sich zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.

## Artikel 3

Diese Änderung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

**Bad Rothenfelde**, 09.07.2020

### Gemeinde Bad Rothenfelde

Klaus Rehkämper  
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

181

### **Bekanntmachung der Gemeinde Voltlage über das Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 19 „Östlich und westlich der Küsterstraße“, Voltlage**

Der Rat der Gemeinde Voltlage hat in seiner Sitzung vom 22. April 2020 den Bebauungsplan Nr. 19 „Östlich und westlich der Küsterstraße“, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen planungsrechtlichen Festsetzungen einschließlich Begründung gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Bebauungsplanverfahren wurde entsprechend § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V. mit § 13 Abs. 2 und 3 im beschleunigten bzw. vereinfachten Verfahren vorgenommen. Demnach wurde auf eine Umweltprüfung sowie auf einen Umweltbericht verzichtet. Der Geltungsbereich des insgesamt 1,0 ha. großen Plangebietes liegt im Ortskern der Gemeinde Voltlage, nordwestlich der Hauptstraße (L 71), unmittelbar östlich und westlich der Küsterstraße.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind im nachstehenden Planausschnitt, der Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, kenntlich gemacht.



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 19 „Östlich und westlich der Küsterstraße“, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen planungsrechtlichen Festsetzungen einschließlich Begründung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Der Bebauungsplan kann ab sofort im Gemeindebüro Voltlage, 49599 Voltlage, Am Markt 1, während der Dienstzeiten (montags – freitags von 09:00 Uhr – 12:00 Uhr und donnerstags von 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr) eingesehen werden. Außerdem kann jedermann Auskunft über den Inhalt des Bebauungsplanes verlangen.

Auf die Rechtsfolgen des § 214 BauGB wird hingewiesen. Danach werden eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres (§ 215 BauGB) seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Voltlage unter Darlegung des die Verletzung begründeten Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Sollten sich aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 19 „Östlich und westlich der Küsterstraße“ Entschädigungsansprüche herleiten lassen, wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche hingewiesen.

**Voltlage**, den 14.07.2020

### Gemeinde Voltlage

Der Bürgermeister  
N. Trame

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

182

### **Bekanntmachung der Genehmigung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bissendorf**

Die vom Rat der Gemeinde Bissendorf am 20.02.2020 beschlossene 44. Änderung des Flächennutzungsplanes ist vom Landkreis Osnabrück mit Verfügung vom 26.06.2020, Az.: 6.3-12-44-2020, gem. § 6 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) genehmigt worden.

Das Plangebiet der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes ist Teil der Gemarkung Uphausen-Eistrup, Flur 1 und umfasst den in der nachstehenden Übersichtskarte abgegrenzten Geltungsbereich:



Mit dieser Bekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB wird die 44. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam. Vom Tage dieser Bekanntmachung an kann jedermann die Flächenutzungsplanänderung und Begründung mit Umweltbericht sowie die zusammenfassende Erklärung im Fachdienst 4 - Planen und Bauen - der Gemeindeverwaltung Bissendorf, Rathaus, Kirchplatz 1, 49143 Bissendorf, während der Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der 44. Änderung des Flächennutzungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde Bissendorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

**Bissendorf**, den 10.07.2020

(Siegel) **Gemeinde Bissendorf**  
Der Bürgermeister  
Guido Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

**183**

### **Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 161 „Westlich Lüstringer Straße“ der Gemeinde Bissendorf**

Der Rat der Gemeinde Bissendorf hat den Bebauungsplan Nr. 161 „Westlich Lüstringer Straße“, bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen, in seiner Sitzung am 10.07.2020 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen.

Das Bauleitplanverfahren wurde als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 161 „Westlich Lüstringer Straße“ ist Teil der Gemarkung Stockum-Gut, Flur 2, sowie der Gemarkung Natbergen, Flur 1, und umfasst den in der nachstehenden Übersichtskarte abgegrenzten Geltungsbereich:



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 161 „Westlich Lüstringer Straße“ rechtsverbindlich und liegt mit der Begründung einschließlich der wasserwirtschaftlichen Vorplanung, dem umweltplanerischen Fachbeitrag und der schalltechnischen Beurteilung sowie der zusammenfassenden Erklärung ab sofort im Fachdienst 4 - Planen und Bauen - der Gemeindeverwaltung Bissendorf, Rathaus, Kirchplatz 1, 49143 Bissendorf, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bissendorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den o.a. Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

**Bissendorf**, 10.07.2020

(Siegel) **Gemeinde Bissendorf**  
Der Bürgermeister  
Guido Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020



**Bekanntmachung  
des Bebauungsplanes Nr. 159  
„Der Winkel - Erweiterung“  
der Gemeinde Bissendorf**

Der Rat der Gemeinde Bissendorf hat den Bebauungsplan Nr. 159 „Der Winkel - Erweiterung“, bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen in seiner Sitzung am 20.02.2020 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung einschließlich Umweltbericht beschlossen.

Das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 159 „Der Winkel - Erweiterung“ ist Teil der Gemarkung Uphausen-Eistrup, Flur 1 und umfasst den in der nachstehenden Übersichtskarte abgegrenzten Geltungsbereich:



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 159 „Der Winkel - Erweiterung“ rechtsverbindlich und liegt mit der Begründung einschließlich Umweltbericht sowie der zusammenfassenden Erklärung ab sofort im Fachdienst 4 - Planen und Bauen - der Gemeindeverwaltung Bissendorf, Rathaus, Kirchplatz 1, 49143 Bissendorf, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bissendorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den o.a. Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bissendorf, 10.07.2020

**Gemeinde Bissendorf**  
Der Bürgermeister  
Guido Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

185

**Bekanntmachung  
des Bebauungsplanes Nr. 76  
„Urbanes Gebiet St.-Georg-Straße“  
der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB**

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 30.06.2020 den Bebauungsplan Nr. 76 „Urbanes Gebiet St.-Georg-Straße“ bestehend aus der Planzeichnung nebst Begründung und Anlagen als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Im Rahmen der Erstellung des städtebaulichen Rahmenplanes für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet wurde angeregt, eine Konzentration der publikumsorientierten Nutzungen auf die Haupteinkaufsstraße „Große Straße/Buten Porten“ vorzunehmen und gleichzeitig in den Randlagen, z. B. in der „St.-Georg-Straße“, auch im Erdgeschoss das Wohnen zuzulassen. Durch die Ausweisung eines Urbanen Gebietes nördlich und südlich der St.-Georg-Straße, An den Schanzen (tlw.), Bahnhofstraße (tlw.) und Höner Tor (tlw.) sollen durch die Ermöglichung eines breiteren Nutzungsspektrums, insbesondere auch des innerörtlichen Wohnens im Erdgeschoss, bestehende Leerstände beseitigt und künftige vermieden werden. Dies trägt dazu bei, die Attraktivität und die Anziehungskraft der Altstadt von Fürstenau zu verbessern.

Der Bebauungsplan Nr. 76 wurde im beschleunigten Verfahren aufgestellt, da das Vorhaben als Maßnahme der Innenentwicklung im Sinne des § 13a BauGB zu qualifizieren ist. Die zulässige Grundfläche überschreitet den in § 13a angegebenen Schwellenwert von 20.000 qm nicht, so dass davon ausgegangen werden kann, dass der Bebauungsplan keine erheblichen Umweltauswirkungen nach sich ziehen wird. Ferner wird die Zulässigkeit eines UVP-pflichtigen Vorhabens weder vorbereitet noch begründet. Da außerdem keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung eines FFH-Gebietes oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes oder dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind, sind alle Voraussetzungen des § 13a BauGB für ein beschleunigtes Verfahren erfüllt. Für Bebauungspläne der Innenentwicklung besteht bei einer zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 qm keine Pflicht zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft.

Das Plangebiet befindet sich am nördlichen Rand der historischen Altstadt von Fürstenau und umfasst den gesamten Straßenzug der „St.-Georg-Straße“ einschließlich einzelner Baugrundstücke der angrenzenden Straßen mit einer Flächengröße von insgesamt ca. 2,5 ha.

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann bei der Stadt Fürstenau, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Fürstenau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

**Fürstenau**, den 14.07.2020

**Stadt Fürstenau**  
Der Stadtdirektor  
Trütken

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

186

**Bekanntmachung  
des Bebauungsplanes Nr. 193  
„Östlich Johann-Spratte-Weg“  
der Gemeinde Hagen a.T.W., Landkreis Osnabrück**

Der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 den Bebauungsplan Nr. 193 „Östlich Johann-Spratte-Weg“, bestehend aus der Planzeichnung, der

Begründung und den textlichen Festsetzungen mit örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgte im Rahmen der Einbeziehung der Außenbereichsflächen im beschleunigten Verfahren nach § 13 b BauGB.

Der Geltungsbereich liegt in der Gemeinde Hagen a.T.W., östlich des Johann-Spratte-Weges und südlich des Mentruper Esch. Er umfasst dort die Flurstücke 58/11, 123/5, 123/7 sowie 123/8 und in Teilen die Flurstücke 118/29, 120/33, 120/37, 123/6 und 127/2 der Flur Nr. 2 sowie in Teilen die Flurstücke 2/9, 2/11 und 2/12 der Flur Nr. 3 in der Gemarkung Mentrup. Der Geltungsbereich hat eine Größe von ca. 2,5 ha.

Die Lage des Plangebietes ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der Beschluss der Gemeinde Hagen a.T.W. wird hiermit gem. § 10 Abs. 3 S. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan Nr. 193 „Östlich Johann-Spratte-Weg“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und den textlichen Festsetzungen liegt ab sofort bei der Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., Schulstraße 7, 49170 Hagen a.T.W., Zimmer-Nr. 20, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 193 „Östlich Johann-Spratte-Weg“ gem. § 10 Abs. 3 S. 4 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hagen a.T.W. unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Ent-

schadigungsansprüche wird hingewiesen.

Hagen a.T.W., 31.07.2020

**Gemeinde Hagen a.T.W.**  
Der Bürgermeister  
Gausmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

187

**Bekanntmachung  
des Beschlusses des Rates der  
Gemeinde Bad Rothenfelde  
über die konsolidierten Gesamtabstschlüsse  
für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017**

Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am 09. Juli 2020 gemäß § 129 Abs. 1 i. V. m. § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG folgenden Beschluss gefasst:

Die vom Rechnungsprüfungsamt geprüften konsolidierten Gesamtabstschlüsse für die Haushaltsjahre 2015, 2016 und 2017 werden in den vorliegenden Fassungen auf Basis der Bilanzen zum 31.12.2015, 31.12.2016 und 31.12.2017 und den entsprechenden Ergebnisrechnungen festgestellt.

Von dem Gesamtjahresüberschuss 2015 in Höhe von 2.673.223,99 € entfällt ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.498,03 € auf einen anderen Gesellschafter. Weiter muss – aufgrund von Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten – ein Betrag in Höhe von 79.000,32 € in die Erneuerungsrücklage (Bilanzposition: Zweckgebundene Rücklagen) eingestellt werden.

Der verbleibende Bilanzgewinn/-verlust (-) in Höhe von 2.595.721,70 € soll mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 1.661.754,65 € vorgetragen werden, sodass sich insgesamt ein Bilanzgewinn von 4.257.476,35 € ergibt.

Von dem Gesamtjahresüberschuss 2016 in Höhe von 58.756,94 € entfällt ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.092,65 € auf einen anderen Gesellschafter. Weiter muss – aufgrund von Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten – ein Betrag in Höhe von -99.958,00 € in die Erneuerungsrücklage (Bilanzposition: Zweckgebundene Rücklagen) eingestellt werden.

Der verbleibende Bilanzgewinn/-verlust (-) in Höhe von -37.108,41 € soll mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 4.257.476,35 € vorgetragen werden, sodass sich insgesamt ein Bilanzgewinn von 4.220.367,94 € ergibt.

Von dem Gesamtjahresüberschuss 2017 in Höhe von 1.230.114,81 € entfällt ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.092,80 € auf einen anderen Gesellschafter. Weiter muss – aufgrund von Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten – ein Betrag in Höhe von -107.909,79 € in die Erneuerungsrücklage (Bilanzposition: Zweckgebundene Rücklagen) eingestellt werden.

Der verbleibende Bilanzgewinn/-verlust (-) in Höhe von 1.121.112,22 € soll mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 4.220.367,94 € vorgetragen werden, sodass sich insgesamt ein Bilanzgewinn von 5.341.480,16 € ergibt.

Die konsolidierten Gesamtabstschlüsse 2015 bis 2017 sowie die Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes liegen in

der Zeit vom **10. bis 18. August 2020** zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung Bad Rothenfelde, Frankfurter Straße 3, 49214 Bad Rothenfelde, Finanzabteilung (Ostflügel, Zi. 70), öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 15. Juli 2020

**Gemeinde Bad Rothenfelde**  
Rehkämper  
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

188

**Friedhofssatzung  
der Samtgemeinde Fürstenau**

Aufgrund der §§ 10, 13 Nr. 2 b, 58 Abs. 1 Nr. 5 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und § 13a Abs. 1 des Nds. Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117) hat der Rat der Samtgemeinde Fürstenau in der Sitzung am 25.06.2020 folgende Satzung beschlossen:

**I.  
Allgemeine Vorschriften**

**§ 1  
Geltungsbereich**

Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Samtgemeinde Fürstenau gelegenen und von ihr verwalteten Bestattungseinrichtungen:

- a) **in Fürstenau**  
Friedhof an der Parkstraße  
Friedhof und Friedhofskapelle an der Haselünner Straße
- b) **in Berge**  
Friedhofskapelle

**§ 2  
Friedhofszweck**

- (1) Die Friedhöfe bilden eine öffentliche Einrichtung des Friedhofsträgers, der Samtgemeinde Fürstenau, gem. § 30 NKomVG.
- (2) Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Ableben Einwohner der Samtgemeinde Fürstenau waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen oder Ungeborenen. Auf dem Friedhof kann ferner bestattet werden, wer früher hier gewohnt hat und seinen Wohnsitz nur wegen der Aufnahme in ein auswärtiges Seniorenheim aufgegeben oder wegen Pflegebedürftigkeit bei außerhalb der Kommune wohnenden Angehörigen Aufnahme gefunden hat. Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (3) Die Friedhöfe erfüllen aufgrund ihrer gärtnerischen Gestaltung auch allgemeine Grünflächenfunktionen. Des-

halb hat jeder das Recht, die Friedhöfe als Orte der Ruhe und Besinnung zum Zwecke einer der Würde des Ortes entsprechenden Erholung aufzusuchen. Zudem dienen die Friedhöfe in besonderer Weise der Trauerverarbeitung und dem Gedenken an Verstorbene.

### **§ 3**

#### **Aufsicht und Verwaltung**

Die Verwaltung und Aufsicht der Friedhöfe obliegen dem Friedhofsträger. Beauftragt der Friedhofsträger mit der Errichtung des Friedhofs oder mit dem Betrieb des Friedhofs Dritte, bleibt seine Verantwortlichkeit für die Erfüllung der mit der Trägerschaft verbundenen Pflichten unberührt.

## **II.**

### **Ordnungsvorschriften**

#### **§ 4**

##### **Öffnungszeiten**

- (1) Die Friedhöfe sind für den Besuch geöffnet. Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten aller oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen.
- (2) Bei Schnee und Eis sind nur die Wege zu benutzen, die vom Schnee freigemacht oder gestreut sind (eingeschränkter Winterdienst). Für Unfälle, die infolge Zuwiderhandlungen eintreten, wird eine Haftung der Samtgemeinde Fürstenau ausdrücklich ausgeschlossen.

#### **§ 5**

##### **Verhalten auf dem Friedhof**

- (1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen.
- (2) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet:
  - a) die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, mit Ausnahme von Kinderwagen und Rollstühlen, sowie Fahrzeuge des Bauhofes der Samtgemeinde Fürstenau und der auf dem Friedhof tätigen Gewerbetreibenden,
  - b) Waren aller Art, sowie gewerbliche Dienste anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
  - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
  - d) ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen,
  - e) abgesehen von Trauerfeiern Musikinstrumente zu spielen oder Tonwiedergabegeräte für Dritte hörbar zu betreiben,
  - f) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
  - g) den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen und Hecken zu übersteigen sowie Anpflanzungen und Rasenflächen, Grabstätten und Grabeinfassungen unberechtigt zu betreten,
  - h) Abraum und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern,

- i) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde,
- j) sich mit und ohne Spielgeräte sportlich zu betätigen,
- k) zu lärmern und zu spielen.

- (3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (4) Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Sie sind spätestens eine Woche vorher anzumelden.
- (5) Ergänzend gelten die Vorschriften der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Samtgemeinde Fürstenau in der zur Zeit geltenden Fassung.
- (6) Wer die Ordnungsbestimmungen der Friedhofssatzung oder die besonderen Anweisungen des Friedhofsträgers nicht befolgt, kann durch die Friedhofsverwaltung vom Friedhof verwiesen werden.

#### **§ 6**

##### **Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof**

- (1) Gewerbetreibende haben dem Friedhofsträger die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof spätestens eine Woche vor Beginn der erstmaligen Ausführung von Arbeiten anzuzeigen.
- (2) Die Errichtung von Grabmalen und Grabeinfassungen darf nur durch Gewerbetreibende erfolgen, die
  - a) in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind,
  - b) selbst oder deren fachliche Vertreter die Meisterprüfung abgelegt haben oder in der Handwerksrolle eingetragen sind oder über eine gleichwertige Qualifikation verfügen und
  - c) eine entsprechende Berufs-Haftpflicht-Versicherung nachweisen können.

Die Samtgemeinde Fürstenau kann hiervon Ausnahmen zulassen, soweit dies mit dem Zweck dieser Satzung vereinbar ist. Die Friedhofsverwaltung behält sich eine Kontrolle der Gewerbetreibenden vor.

- (3) Die Gewerbetreibenden und ihre Bediensteten haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Gewerbetreibenden haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
- (4) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen in den Monaten März bis Oktober nicht vor 6.00 Uhr und in den Monaten November bis Februar nicht vor 7.00 Uhr begonnen werden. Die Arbeiten sind spätestens um 19.00 Uhr, an Samstagen und Werktagen vor Feiertagen spätestens um 16.00 Uhr, zu beenden. Die Friedhofsverwaltung kann Verlängerungen der Arbeitszeiten zulassen.
- (5) Den Gewerbetreibenden ist zur Ausübung ihres Berufes das Befahren der Wege mit geeigneten Fahrzeugen gestattet.
- (6) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur an den von der

Friedhofsverwaltung genehmigten Stellen gelagert werden. Bei Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und die Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Abfall, Erdaushub, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern.

- (7) Der Friedhofsträger kann Dienstleistungserbringern die Ausübung ihrer Tätigkeit auf Zeit oder auf Dauer untersagen, wenn dieser nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat oder wenn sonstige Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Gewerbetreibende in fachlicher, betrieblicher oder persönlicher Hinsicht unzuverlässig ist. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.

### III.

#### Allgemeine Bestattungsvorschriften

#### § 7

##### Anmeldepflicht und Bestattungszeit

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Bei der Anmeldung ist die vom Standesamt ausgestellte Sterbebescheinigung vorzulegen. Im Falle der Entbehrlichkeit der Sterbeurkunde gem. § 9 Abs. 3 Satz 3 BestattG ist die Entscheidung der unteren Gesundheitsbehörde über die Entbehrlichkeit der Sterbeurkunde vorzulegen. Eine Leiche, die aus dem Ausland überführt worden ist, darf nur nach Vorliegen eines Leichenpasses oder eines gleichwertigen amtlichen Dokumentes des Staates, in dem die Person verstorben ist, bestattet werden.
- (2) Wird eine Bestattung in einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Soll eine Aschenbestattung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung setzt Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig an Werktagen. Folgen zwei Feiertage aufeinander, so kann die Bestattung auch am zweiten Feiertag stattfinden.
- (5) Erdbestattungen und Einäscherungen sollen in der Regel spätestens acht Tage nach Eintritt des Todes erfolgen. Aschen sollen spätestens einen Monat nach der Einäscherung bestattet werden, anderenfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen in einer Reihengrabstätte bestattet.

#### § 8

##### Särge, Urnen und Überurnen

- (1) Särge, Urnen und Überurnen müssen so beschaffen sein, dass die chemische, physikalische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers nicht nachhaltig verändert wird und bei Särgen die Verwesung der Leichen innerhalb der Ruhezeit ermöglicht wird. Die Särge müssen fest gefügt und so abgedichtet sein, dass

jedes Durchsickern von Gerüchen und Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und -beigaben, Leichen- und Bestattungstücher sowie Überurnen müssen zur Vermeidung von Umweltbelastungen aus leicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein. Sie dürfen keine Kunststoffe enthalten.

- (2) Bei der Leichenbekleidung sind ebenfalls nur kunststofffreie Materialien zulässig. Sie soll nur aus Papierstoff oder Naturtextilien bestehen.
- (3) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

#### § 9

##### Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber werden von den Beauftragten der Friedhofsverwaltung ausgehoben und wieder zugefüllt.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten nach tatsächlichem Aufwand durch den Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung zu erstatten.
- (5) Tiefenbestattungen sind nicht möglich.

#### § 10

##### Ruhezeit

- (1) Die Ruhezeit beträgt für
 

• Leichen von Verstorbenen über 5 Jahre	30 Jahre
• Leichen von Verstorbenen bis 5 Jahre	12 Jahre
• Aschen	20 Jahre
- (2) Die Ruhezeit beginnt mit dem Tag der Beisetzung. Ausnahmen von den Ruhezeiten sind nicht möglich.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit werden bei einer erneuten Belegung vorgefundene Reste von Verstorbenen oder Aschen tiefer gebettet. In diesem Zusammenhang aufgefundene Metallteile dürfen entnommen werden.

#### § 11

##### Ausgrabungen und Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Leichen und Aschen verstorbener Personen in Urnen dürfen außer in den bundesrechtlich geregelten Fällen vor Ablauf der Mindestruhezeit nur mit Genehmigung der Un-

teren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Umbettung darf auch zugelassen werden, wenn ein öffentliches Interesse dafür vorliegt einen Friedhof ganz oder teilweise aufheben zu können.

- (3) Die Umbettung von Leichen, deren Ruhezeit abgelaufen ist, bedarf der Genehmigung des Friedhofsträgers. Die Genehmigung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Die Umbettung darf auch zugelassen werden, wenn ein öffentliches Interesse dafür vorliegt einen Friedhof ganz oder teilweise aufheben zu können.
- (4) Alle Umbettungen werden vom Friedhofsträger durchgeführt. Er bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung.
- (5) Antragsberechtigt ist der jeweilige Totenfürsorgeberechtigte. Das Einverständnis des Nutzungsberechtigten muss, falls dieser nicht der Totenfürsorgeberechtigte ist, durch schriftliche Erklärung nachgewiesen werden. Der Antragsteller hat sich schriftlich zu verpflichten, die Kosten und Auslagen der Umbettung zu übernehmen; hierzu zählen auch die Kosten, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.
- (6) Der Ablauf der Ruhezeit und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (7) Leichen und Aschen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden.
- (8) Umbettungen, die die Friedhofsverwaltung zu vertreten hat, sind unverzüglich und auf deren Kosten vorzunehmen.
- (9) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Leichen- oder Aschenreste werden auf dem Friedhof an geeigneter Stelle beigesetzt.
- (10) Bei Entziehung von Nutzungsrechten gemäß § 23 Abs. 1 können Leichen oder Aschen, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in Reihengrabstätten oder Urnenreihengrabstätten umgebettet werden.

#### IV.

#### Grabstätten und Nutzungsrecht

##### § 12

##### Arten der Grabstätten

- (1) Eine Grabstätte ist ein für Bestattungen oder Beisetzungen vorgesehener, genau bestimmter Teil des Friedhofgrundstücks mit dem darunterliegenden Erdreich. Eine Grabstätte kann mehrere Gräber umfassen.
- (2) Ein Grab ist der Teil der Grabstätte, der der Aufnahme einer menschlichen Leiche oder Asche dient.
- (3) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach dieser Friedhofssatzung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer Person eingeräumt werden.

- (4) Die Grabstätten werden unterschieden in
  - a) Reihengrabstätten
  - b) Wahlgrabstätten
  - c) Urnenwahlgrabstätten
  - d) Kindergrabstätten
  - e) Sondergrabstätten
    - anonyme Reihengräber für Erdbestattungen (nur auf Friedhof Haselünner Straße)
    - anonyme Reihengräber für Urnenbestattungen
    - Rasenreihengräber für Erdbestattungen (nur auf Friedhof Haselünner Straße)
    - Rasenreihengräber für Urnenbestattungen (nur auf Friedhof Haselünner Straße)
    - Gräber für vor der Geburt Verstorbene (nur auf Friedhof Haselünner Straße)
  - f) Ehrengrabstätten
- (5) Es besteht kein Anspruch auf Erwerb des Nutzungsrechtes an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.
- (6) Rechte an einer Grabstätte werden nur im Todesfall verliehen. Bei Wahlgrabstätten können Ausnahmen zugelassen werden.

##### § 13

##### Reihengrabstätten

- (1) Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und im Todesfalle für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden schriftlich zugeteilt werden.
- (2) Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an der Reihengrabstätte ist nicht möglich. Das Nutzungsrecht an Reihengrabstätten für Verstorbene bis 5 Jahre (Kindergrabstätten) kann bis zu 12 Jahre verlängert werden.
- (3) Reihengräber haben folgende Abmessungen:
  - a) für Verstorbene über 5 Jahre, Länge ca. 2,20 m, Breite ca. 0,90 m
  - b) für Verstorbene bis 5 Jahre, Länge ca. 1,20 m, Breite ca. 0,90 m
- (4) In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte ein vor der Geburt verstorbene Kind oder die Leiche eines Kindes unter einem Jahr mit der Leiche eines Familienangehörigen zu bestatten. Ebenfalls ist es zulässig die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren gemeinsam in einer Reihengrabstätte zu bestatten. Die zulässigen Ausnahmen gelten ebenso für anonyme Reihengrabstätten.

##### § 14

##### Wahlgrabstätten

- (1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage von der Friedhofsverwaltung im Benehmen mit dem Erwerber bestimmt wird.

Wahlgräber haben folgende Abmessungen:  
je Platz - Länge ca. 2,50 m, Breite ca. 1,20 m.
- (2) Es werden unterschieden ein- und mehrstellige Wahl-

grabstätten als Einfachgräber. Während der Nutzungszeit eines Wahlgrabes darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit die Dauer des Nutzungsrechtes nicht überschreitet oder das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist wiedererworben wurde. Mehrstellige Wahlgrabstätten können vorzeitig oder nach Ablauf des Nutzungsrechtes geteilt werden.

- (3) In jedem Wahlgrab darf nur eine Leiche bestattet werden. Es ist jedoch zulässig, in einem Wahlgrab ein vor der Geburt verstorbene Kind oder die Leiche eines Kindes unter einem Jahr mit der Leiche eines Familienangehörigen zu bestatten. Ebenfalls ist es zulässig die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren gemeinsam in einem Wahlgrab zu bestatten.
- (4) Das Nutzungsrecht kann jahresweise wiedererworben bzw. verlängert werden. Es ist jedoch wenigstens bis zum Ablauf etwaiger Ruhezeiten zu erwerben bzw. zu verlängern. Der Wiedererwerb oder die Verlängerung ist nur für die gesamte Wahlgrabstätte möglich. Er/Sie erfolgt auf Antrag zu den in diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen der Friedhofssatzung und der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung kommunaler Friedhofseinrichtungen in der Samtgemeinde Fürstenau. Der Friedhofsträger kann den Erwerb oder Wiedererwerb ablehnen, insbesondere, wenn die Schließung des Friedhofs oder Friedhofsteils beabsichtigt ist.
- (5) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelungen das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, bei Eintritt eines Bestattungsfalles über andere Bestattungen und Beisetzungen in der Grabstätte und über die Art der Gestaltung und der Pflege der Grabstätte zu entscheiden.
- (6) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden. Abs. 2 letzter Satz gilt entsprechend.
- (7) Bei Zurückgabe von Wahlgrabstätten wird an den Nutzungsberechtigten die für die Wahlgrabstätte gezahlte Gebühr unter Berücksichtigung der verbleibenden, auf volle Jahre abgerundeten Nutzungszeit anteilig zurückerstattet.
- (8) Das Ausmauern von Wahlgrabstätten ist nicht zulässig.

## **§ 15 Urnenwahlgrabstätten**

- (1) Urnenwahlgrabstätten sind Grabstätten, in denen ausschließlich Urnen beigesetzt werden dürfen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht nach Wahl der Antragsteller für die Dauer von 20, 25 oder 30 Jahren verliehen und deren Lage einvernehmlich mit dem Erwerber von dem Friedhofsträger bestimmt wird.  
Urnenwahlgrabstätten haben folgende Abmessungen: Länge ca. 1,20 m, Breite ca. 1,20 m.
- (2) In einer Urnenwahlgrabstätte dürfen bis zu drei Urnen beigesetzt werden.
- (3) Während der Nutzungszeit einer Urnenwahlgrabstätte darf eine Bestattung nur stattfinden, wenn die Ruhezeit (20 Jahre) die Dauer des Nutzungsrechtes nicht über-

schreitet oder das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist wiedererworben worden ist. Die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist jahresweise möglich.

- (4) Der Friedhofsträger hat nach Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit das Recht, Aschenbehälter zu entfernen. Die Asche ist an geeigneter Stelle des Friedhofes anonym in würdiger Weise der Erde zu übergeben.
- (5) Soweit sich nicht aus dieser Friedhofssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihengrabstätten und für Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnenwahlgrabstätten.
- (6) Urnen dürfen auch in belegten Reihengrabstätten und Rasenreihengrabstätten sowie belegten und unbelegten Wahlgrabstätten für Erdbestattungen beigesetzt werden. Zulässig ist die Beisetzung von zwei Urnen auf unbelegten Wahlgrabstätten je Grabstelle sowie zusätzlich zwei Urnen auf belegte Wahl- und Reihengrab- und Rasenreihengrabstätten je Grabstelle. In diesen Fällen sind die Regelungen im Hinblick auf den Ablauf der Ruhe- und Nutzungsrechte für Wahlgrabstätten und Reihengrabstätten analog maßgebend.

## **§ 16 Sondergrabformen**

- (1) Als Sondergrabformen gelten:
  - Anonyme Reihengräber für Erdbestattungen (nur Friedhof Haselünner Straße),
  - Anonyme Reihengräber für Urnenbestattungen,
  - Rasenreihengräber für Erdbestattungen (nur auf Friedhof Haselünner Straße),
  - Rasenreihengräber für Urnenbestattungen (nur auf Friedhof Haselünner Straße),
  - Gräber für vor der Geburt Verstorbene (nur auf Friedhof Haselünner Straße).

Sie sind in einer ausschließlich von dem Friedhofsträger zu pflegenden Rasenfläche angeordnet. Anonyme Reihengräber und Gräber für vor der Geburt Verstorbene lassen keine besondere Gestaltung zu.

Im Bereich des Grabfeldes für anonyme Bestattungen auf dem Friedhof Haselünner Straße und im Bereich des anonymen Urnengrabfeldes auf dem Friedhof an der Parkstraße (West) befinden sich Stelen, an denen Erinnerungsschilder für die auf dem Grabfeld Bestatteten angebracht werden können. Zugelassen sind allein gravierte Schilder aus eloxiertem Aluminium zur Größe von 8 x 3 cm. Das Schild ist vom Nutzungsberechtigten zu besorgen und wird durch die Friedhofsverwaltung angebracht.

Rasenreihengräber sind von dem Nutzungsberechtigten auf dessen Kosten mit einer liegenden Grabplatte auszustatten. Sofern zusätzlich Urnen in der Grabstätte beigesetzt werden, ist das Rasenreihengrab je Urne mit einer weiteren Grabplatte auszustatten. Die Grabplatte hat eine Breite von 0,4 m und eine Tiefe von 0,3 m und wird nur mit Vornamen und Namen sowie Geburts- und Sterbedatum des Bestatteten beschriftet. Es sind vertiefte Buchstaben zu verwenden. Zugelassenes Material ist allein Granit mit einer Stärke von 8 cm. Die Platte ist so einzulassen, dass die Bewirtschaftung des Grabfeldes nicht behindert wird oder mit Mehraufwand verbunden ist. Grabschmuck (Grablichter, Gestecke etc.) darf auf dem

Grabfeld nicht abgelegt werden. Mehraufwand für Pflege und das Versetzen der Grabplatte ist von dem Nutzungsberechtigten zu erstatten. Eine Haftung für Schäden an den Grabplatten aus der laufenden Pflege des Grabfeldes wird durch den Friedhofsträger nicht übernommen.

Beim Grabfeld für vor der Geburt Verstorbene besteht die Möglichkeit, auf einer Sandsteinplatte kleine Sandsteinwürfel mit der Gravur des Namens niederzulegen. Die Kosten für die Herstellung des Würfels trägt der Angehörige.

Anonyme Reihengräber und Rasenreihengräber haben folgende Abmessungen:

- Erdbestattungen  
Länge ca. 2,20 m, Breite ca. 0,90 m
- Urnenbestattungen (Rasenreihengrab)  
Länge ca. 1,00 m, Breite ca. 1,00 m.
- Urnenbestattungen (anonym)  
Länge ca. 0,50 m, Breite ca. 0,50 m.

Die Maße der Gräber für vor der Geburt Verstorbene werden im Einzelfall durch die Friedhofsverwaltung festgelegt.

- (2) Die Nutzungszeit für anonyme Reihengräber sowie Rasenreihengräber beträgt:
- |                         |          |
|-------------------------|----------|
| - für Erdbestattungen   | 30 Jahre |
| - für Urnenbestattungen | 20 Jahre |
- Ein Wiedererwerb ist nicht möglich.
- (3) Für anonyme Reihengräber und Rasenreihengräber ist nach Maßgabe der Gebührensatzung ein besonderes Nutzungsentgelt zu entrichten, das neben der Gebühr für die Grabstätte ein Entgelt für die ausschließlich dem Friedhofsträger obliegende Pflege der anonymen Reihengrabfelder und Rasenreihengrabfelder berücksichtigt.

## **§ 17 Ehrengabstätten**

Die Zuerkennung, die Anlage und die Unterhaltung von Ehrengabstätten (einzeln oder in geschlossenen Feldern) obliegt ausschließlich dem Friedhofsträger.

## **§ 18 Nutzungsberechtigte**

- (1) Der Nutzungsberechtigte ist diejenige Person, der das Recht zur Nutzung einer Grabstätte durch den Friedhofsträger zugewiesen worden ist
- (2) Das Nutzungsrecht an Reihengräbern, Wahlgräbern, Urnenwahlgräbern und Kindergräbern wird durch Urkunde verliehen. Das Nutzungsrecht beginnt mit dem in der Verleihungsurkunde genannten Zeitpunkt. Der Nutzungsberechtigte soll rechtzeitig einen Nachfolger für das Nutzungsrecht bestimmen und der Friedhofsverwaltung zur Kenntnis geben. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:
- a) auf den überlebenden Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner, und zwar auch dann, wenn Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden sind,
  - b) auf die ehelichen, nichtehelichen oder Adoptivkinder,
  - c) auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer

- Väter und Mütter,
- d) auf die Eltern,
- e) auf die Stiefkinder,
- f) auf die Großeltern,
- g) auf die vollbürtigen Geschwister,
- h) auf die nicht unter a) bis g) fallenden Erben.

- (3) Innerhalb der einzelnen Gruppen b), c), e), g) und h) wird grundsätzlich der Älteste Nutzungsberechtigte, sofern nicht von den Angehörigen anderes bestimmt wird.
- (4) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auf eine Person aus dem Kreis der in Abs. 2 Satz 3 genannten Personen oder auf eine sonstige ihm bekannte Person übertragen; er bedarf dazu der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.
- (5) Jeder der Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen.
- (6) Abs. 2 gilt in den Fällen der Abs. 4 und 5 entsprechend.
- (7) Sorgt niemand für die Bestattung, so hat die Samtgemeinde Fürstenau die Bestattung zu veranlassen, sofern der Verstorbene innerhalb der Samtgemeinde Fürstenau verstorben ist. Die nach Abs. 2 vorrangig Bestattungspflichtigen haften der Samtgemeinde Fürstenau als Gesamtschuldner für die Bestattungskosten. Diese werden durch Leistungsbescheid festgesetzt. Lassen sich die Bestattungskosten durch die vorrangig Verpflichteten nicht erlangen, so treten die nächststrangig Verpflichteten an deren Stelle.
- (8) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte drei Monate vorher schriftlich - falls er nicht bekannt oder nicht ohne Weiteres zu ermitteln ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung oder durch einen dreimonatigen Hinweis auf der Grabstätte - hingewiesen

## **§ 19 Sonderregelungen**

In begründeten Fällen können Ausnahmen von den §§ 13 - 18 zugelassen werden.

## **V. Gestaltung und Pflege der Grabstätten**

### **§ 20 Allgemeine Gestaltungsvorschriften**

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtheit gewahrt wird.

### **§ 21 Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften der §§ 20, 24 hergerichtet und dauernd instand gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den übrigen Grab schmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (2) Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt wer-



den, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.

- (3) Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist der jeweilige Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts.
- (4) Die für die Grabstätten Verantwortlichen können die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder damit einen Friedhofsgärtner beauftragen.
- (5) Reihengrabstätten müssen binnen zwei Monaten nach der Belegung, Wahlgrabstätten binnen zwei Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechtes bzw. der Belegung hergerichtet sein und dauernd angemessen instand gehalten werden.
- (6) Die Friedhofsverwaltung kann verlangen, dass der Nutzungsberechtigte die Grabstätte nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechtes abräumt. Wird der Aufforderung nicht binnen sechs Wochen Folge geleistet, so ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabstätte im Wege der Verwaltungsvollstreckung nach schriftlicher Androhung und Festsetzung auf Kosten des Nutzungsberechtigten abzuräumen oder abräumen zu lassen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung. Nach Ablauf der in Satz 2 bestimmten Frist gehen sämtliche noch vorhandenen Gegenstände entschädigungslos in das Eigentum des Friedhofsträgers über.
- (7) Die Herrichtung, die Unterhaltung und jede Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.
- (8) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.
- (9) Die Verwendung von nicht biologisch abbaubaren Materialien bei der Durchführung von Bestattungen sowie von nicht kompostierbaren Materialien bei der gärtnerischen Gestaltung von Grabstätten ist nicht gestattet. Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken nur insofern verwendet werden, als das sie nach Ende des Gebrauchs vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung vorgesehenen Behältnissen abzulegen sind. Im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenschutzbehältern, die an der Pflanze verbleiben, dürfen Kunststoffe nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszeichen und Gießkannen.
- (10) Auf den kommunalen Friedhöfen der Samtgemeinde Fürstenau sind als Grabeinfassungen neben lebenden niedrigen Hecken auch massive Natursteineinfassungen, optisch angepasst zum Grabstein, zulässig. Abgrenzungen im Bereich der Urnenwahlgrabstätten werden vom Friedhofsträger durch Kantensteine (wegeseits) und durch Betonsteinpflaster (zwischen den Grabstätten) vorgenommen.

## **§ 22**

### **Besondere Gestaltungsvorschriften**

Die Grabstätten müssen eine bedeckende Bepflanzung erhalten und in ihrer gärtnerischen Gestaltung sowie in ihrer An-

passung an die Umgebung erhöhten Anforderungen entsprechen. Die Bepflanzung der einzelnen Wahlgrabstätten soll voneinander verschieden sein. Nicht zugelassen sind insbesondere Bäume, großwüchsige Sträucher und Grabgebinde aus künstlichem Werkstoff.

## **§ 23**

### **Vernachlässigung der Grabpflege**

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen
  - a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen
  - b) Grabmale und sonstige baulichen Anlagen beseitigen lassen.
  - c) die Grabstätte in Ordnung bringen lassen
  - d) bei wiederholtem Verstoß das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen.
- (2) In dem Entziehungsbescheid wird der Nutzungsberechtigte aufgefordert, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von einem Monat seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.
- (3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen.
- (4) Der Nutzungsberechtigte ist in den schriftlichen Aufforderungen oder dem Hinweis auf dem Grab auf die für ihn maßgeblichen Rechtsfolgen des Abs. 1 und in dem Entziehungsbescheid auf die Rechtsfolgen des § 29 Abs. 2 und 3 hinzuweisen.

## **VI.**

### **Grabmal und sonstige bauliche Anlagen**

## **§ 24**

### **Grabmale auf Reihen- und Wahlgrabstätten**

- (1) Die Grabmale müssen entsprechend der Umgebung gestaltet, bearbeitet und angepasst werden. Der Einsatz belüftungshemmender Grababdeckungen wie Folien u. ä. ist nicht zulässig. Grabplatten sind nur nach Maßgabe des § 24 Abs. 5 zulässig.
- (2) Für Grabmale dürfen nur Naturstein, Holz und Schmiedeeisen sowie geschmiedete und gegossene Bronze verwendet werden. Findlinge sind ebenfalls zugelassen.
- (3) Bei der Gestaltung der Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:
  - a) Nicht zugelassen sind die Materialien Beton, Glas und Kunststoff.
  - b) Die Größe der Ornamente sollte eine harmonische Einheit mit der Beschriftung ergeben.
  - c) Inschriften, die der Würde des Friedhofes nicht ent-

sprechen, gegen den guten Geschmack oder die guten Sitten verstoßen, sind nicht gestattet.

- d) Massive Umrandungen (Grabeinfassungen) dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Friedhofsverwaltung angelegt werden.

- (4) Auf den Grabstätten sind stehende oder liegende Grabmale zulässig.

- (5) Auf Grabstätten sind Grabmale mit folgenden maximalen Abmessungen zulässig:

Stehende Grabmale

- a) auf Reihengrabstätten für Verstorbene über 5 Jahre  
Höhe: 1,00 m Breite: 0,80 m  
b) auf Reihengrabstätten für Verstorbene bis zu 5 Jahren (Kindergräber)  
Höhe: 0,60 m Breite: 0,40 m  
c) auf einstelligen Wahlgrabstätten  
Höhe: 1,80 m Breite: 0,80 m  
d) auf mehrstelligen Wahlgrabstätten  
Höhe: 1,80 m Breite: bis zu 2/3 der Grabstättenbreite  
e) auf Urnenwahlgrabstätten  
Höhe: 1,00 m Breite: 0,80 m

Liegende Grabmale

- a) auf Reihengrabstätten für Verstorbene über 5 Jahre  
Breite: 0,80 m Tiefe: 0,60 m  
b) auf Reihengrabstätten für Verstorbene bis zu 5 Jahren (Kindergräber)  
Breite: 0,40 m Tiefe: 0,40 m  
c) auf einstelligen Wahlgräbern  
Breite: 0,80 m Tiefe: 0,60 m  
d) auf zweistelligen Wahlgräbern  
Breite: 1,60 m Tiefe: 0,80 m  
e) auf Urnenwahlgrabstätten  
Breite: 0,60 m Tiefe: 0,60 m

Denkmäler als Kreuz oder Stehle

- a) auf alle Gräber für Erdbestattungen  
Höhe: 1,80 m  
b) auf Urnenwahlgrabstätten  
Höhe: 1,00 m

Findlinge

- a) auf Reihengrabstätten für Verstorbene über 5 Jahre  
Inhalt: 0,06 cbm  
b) auf Reihengrabstätten für Verstorbene bis 5 Jahre (Kindergräber)  
Inhalt: 0,03 cbm  
c) auf einstelligen Wahlgrabstätten  
Inhalt: 0,06 cbm  
d) auf mehrstelligen Wahlgrabstätten  
Inhalt: 0,30 cbm  
e) auf Urnenwahlgrabstätten  
Inhalt: 0,04 cbm

Die Aufstellung von Findlingen ist in jedem Fall vorab mit dem Friedhofsträger abzustimmen.

Grabplatten

Auf Reihen- und Wahlgrabstätten ist das Auflegen von Grabplatten bzw. Kieselsteinen in einer Größe von bis zu 40 % je Grabstellenfläche zulässig. Bei Urnenwahlgrabstätten ist das Auflegen einer Grabplatte auf der gesamten Grabfläche möglich.

- (6) Bei mehr als zweistelligen Wahlgrabstätten sind liegende Grabmale (Kissensteine) in einer Größe von maximal

0,40 m Breite und 0,40 m Tiefe auf den einzelnen Grabstellen in Verbindung mit einem stehenden Denkmal zulässig.

- (7) Auf mehrstelligen Wahlgrabstätten können zusätzlich zwei Trittplatten aus dem gleichen Material wie das Denkmal in einer Größe von maximal 0,40 m Breite x 0,40 m Tiefe je Grabstelle gelegt werden.

- (8) Stehende Grabmale müssen mindestens 0,10 m stark sein.

- (9) Soweit es der Friedhofsträger innerhalb der Gesamtgestaltung unter Beachtung des § 20 und unter Berücksichtigung künstlerischer Anforderungen für vertretbar hält, kann er Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 - 8 und auch sonstige bauliche Anlagen zulassen.

- (10) Die vor Inkrafttreten dieser Satzung genehmigten Grabmale bleiben von den Neuregelungen unberührt.

**§ 25**

**Zustimmungserfordernis**

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig, sofern sie größer als 0,15 m x 0,30 m sind. Der Antragsteller hat die Aufstellung oder Änderung schriftlich bei dem Friedhofsträger zu beantragen und bei Reihengrabstätten und Wahlgrabstätten sein Nutzungsrecht nachzuweisen.

- (2) Dem Antrag ist ein Grabmalentwurf im Maßstab 1:10 beizufügen, aus dem im Besonderen die Anordnung von Schrift und Symbol auf dem Grabmal, das Material, sowie die vorgesehene Fundamentierung ersichtlich sind. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn auf einem bereits vorhandenen Grabmal anlässlich einer weiteren Beisetzung lediglich der Name, die Berufsbezeichnung, das Geburts- und Sterbedatum des Beigesetzten in gleicher Ausführung wie die vorhandene Beschriftung angebracht werden soll.

- (3) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

- (4) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet oder verändert worden ist.

- (5) Die nichtzustimmungspflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder Holzkreuze zulässig und dürfen nicht länger als zwei Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.

- (6) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals nicht der genehmigten Zeichnung und ist sie nicht genehmigungsfähig, setzt der Friedhofsträger dem Nutzungsberechtigten eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals. Nach ergebnislosem Verlauf der Frist, kann der Friedhofsträger die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen. Bei nicht ordnungsgemäßer Gründung und Befestigung des Grabmals gilt § 27 Abs. 4 und 6.

**§ 26**  
**Fundamentierung und Befestigung**

- (1) Die Grabmale sind nach den allgemeinen anerkannten Regeln des Handwerks so zu fundamentieren und zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Dies gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend. Das Grabmal ist am Kopfende der Grabstätte anzulegen.
- (2) Die Errichtung von Grabmalen und Grabeinfassungen darf nur durch zuverlässige Gewerbetreibende im Sinne des § 6 erfolgen. Fachlich geeignet i. S. v. § 6 Abs. 2 sind Dienstleistungserbringer nach den Vorschriften der jeweils geltenden Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal).
- (3) Die Steinstärke muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten. Die Mindeststärke der Grabmale bestimmt sich nach dem § 24.

**§ 27**  
**Unterhaltung**

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist insoweit der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen.
- (3) Bei Gefahr im Verzug kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegung von Grabmalen) treffen.
- (4) Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen.
- (5) Die Samtgemeinde Fürstenau ist verpflichtet, diese Gegenstände unter schriftlicher Aufforderung zur Abholung drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügt als Aufforderung ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.
- (6) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder Grabmalteilen verursacht wird. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Nutzungsberechtigte zur Abwendung der Gefahr die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat.
- (7) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulicher Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und -pflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen.

**§ 28**  
**Verwendung von Natursteinen**

- (1) Natursteine dürfen nur verwendet werden, wenn
  1. glaubhaft gemacht wird, dass sie in einem Staat oder Gebiet gewonnen oder hergestellt wurden, in dem das Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291, Bekanntmachung vom 28. Juni 2002, BGBl. II S. 2352) eingehalten wird.oder
  2. ein Nachweis nach Absatz 3 vorliegt.
- (2) Welche Staaten und Gebiete die satzungsgemäßen Voraussetzungen nach Absatz 1 Nummer 1 erfüllen, ist durch Auslegung zu ermitteln. Derzeit erfüllen folgende Staaten diese Voraussetzung: Australien, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Island, Italien, Japan, Kanada, Kosovo, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Türkei, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern. Um zu verhindern, dass Natursteine verwendet werden, die in einen der in Satz 2 genannten Staat oder das Gebiet zuvor aus einem Drittland importiert worden sind, in dem das in Absatz 1 Nr. 1 genannte Übereinkommen nicht eingehalten wird, ist eine dahingehende Erklärung abzugeben.
- (3) Als Nachweis nach Absatz 1 Nummer 2 gilt ein Zertifikat einer der nachfolgenden Organisationen:
  1. Fair Stone,
  2. IGEP,
  3. Werkgroep Duurzame Natuursteen – WGDN, oder
  4. Xertifix.Eine gleichwertige Erklärung einer geeigneten Stelle oder Vereinigung im Sinne des § 13 a Abs. 3 Satz 4 BestattG setzt voraus, dass die erklärende Stelle
  1. über einschlägige Erfahrungen und Kenntnisse auf dem Gebiet des Übereinkommens über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291, Bekanntmachung vom 28. Juni 2002, BGBl. II S. 2352) verfügt,
  2. weder unmittelbar noch mittelbar an der Herstellung oder am Handel mit Steinen beteiligt ist, und
  3. ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Abgabe der gleichwertigen Erklärung dokumentiert und die Dokumentation auf Anforderung des Friedhofsträgers zur Einsichtnahme bereitstellt.
  4. erklärt, dass sie sich über das Fehlen schlimmster Formen von Kinderarbeit durch unangekündigte Kontrollen im Herstellungsstaat vergewissert hat.
- (4) Für die Glaubhaftmachung und das Vorlegen von Nachweisen können die in § 26 des Verwaltungsverfahrensge-

setzes (VwVfG) genannten Beweismittel verwendet werden. Die Glaubhaftmachung ist auch durch eine in § 27 VwVfG geregelte Versicherung an Eides Statt möglich; verlangt werden darf deren Vorlage mangels einer gesetzlichen Regelung nicht.

- (5) Für die abzugebende Erklärung ist das als Anlage Muster „Erklärung über die Vorlage von Nachweisen nach § 13 a BestattG“ zu verwenden.

## **§ 29 Entfernung**

- (1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden. Bei Grabmalen im Sinne des § 27 Abs. 7 kann die Friedhofsverwaltung die Zustimmung versagen.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen.
- (3) Geschieht dieses nicht binnen sechs Wochen so ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabstätte im Wege der Verwaltungsvollstreckung nach schriftlicher Androhung und Festsetzung auf Kosten des Nutzungsberechtigten abzuräumen oder abräumen zu lassen. Ist der Nutzungsberechtigte nicht bekannt oder nicht ohne weiteres zu ermitteln, genügt eine öffentliche Bekanntmachung.
- (4) Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren. Entschädigungen werden nicht gezahlt.
- (5) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte Grabmale einen Monat nach Benachrichtigung des Inhabers oder des Nutzungsberechtigten auf dessen Kosten entfernen zu lassen.

## **VII. Leichenhallen und Trauerfeiern**

### **§ 30 Benutzung der Leichenhalle**

- (1) Die Leichenhallen dienen der Aufnahme der Verstorbenen bis zur Bestattung.
- (2) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Bei einer Abschiednahme am offenen Sarg werden die Angehörigen aus Hygienegründen gebeten, von Berührungen des Verstorbenen abzusehen.
- (3) Die Särge der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen sollen in einem besonderen Raum der Leichenkammer aufgestellt werden. Der Zutritt zu diesem Raum und die Besichtigung der Leichen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.
- (4) Die Angehörigen oder sonstige Verpflichtete haben gemäß des niedersächsischen Bestattungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zu veranlassen, dass der Ver-

storbene aus dem Sterbehaus zur Leichenhalle überführt wird. Er muss ordnungsgemäß eingesargt sein.

## **§ 31 Trauerfeier**

- (1) Die Trauerfeiern können nach vorheriger Anmeldung in einem dafür bestimmten Raum (Friedhofskapelle), am Grab oder an einer anderen freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden. Trauerfeiern müssen der Würde des Ortes entsprechend gestaltet werden.
- (2) Die Benutzung der Friedhofskapelle kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat oder Bedenken gegen den Zustand der Leiche bestehen.

## **VIII. Schlussvorschriften**

### **§ 32 Außer Dienst gestellte und entwidmete Friedhöfe**

- (1) Jeder Friedhof oder Friedhofsteil kann aus einem wichtigen öffentlichen Grund ganz oder teilweise außer Dienst gestellt oder entwidmet werden. Dasselbe gilt für einzelne Grabstätten.
- (2) Durch die Außerdienststellung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen. Entschädigungsansprüche können wegen einer solchen Maßnahme gegen den Friedhofsträger nicht erhoben werden. Durch die Entwidmung geht außerdem die Eigenschaft als Ruhestätte der Toten verloren und der Friedhof verliert seine Funktion als öffentliche Bestattungseinrichtung. Der Friedhofsträger kann die Entwidmung verfügen, wenn alle Ruhefristen abgelaufen sind. Falls die Ruhefrist oder die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, ist vorab eine Umbettung in eine andere gleichwertige Grabstätte vorzunehmen.
- (3) Die Absicht der Außerdienststellung, die Außerdienststellung selbst und die Entwidmung werden jeweils öffentlich bekannt gemacht. Die Nutzungsberechtigten von Wahlgrabstätten erhalten außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn ihr Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist. Die Mitteilung soll Hinweise auf die Möglichkeit zur Umbettung und auf mögliche Umbettungstermine enthalten.
- (4) Besteht die Absicht der Außerdienststellung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (5) Soweit ein Friedhofsteil außer Dienst gestellt oder entwidmet ist und somit das Recht auf weitere Beisetzungen in Wahlgrabstätten erlischt, sind dem jeweiligen Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungsfalles auf Antrag andere Wahlgrabstätten zur Verfügung zu stellen, bereits entrichtete Gebühren sind anzurechnen. In diesem Fall kann der Totenfürsorge-berechtigte mit schriftlicher Zustimmung des Nutzungsberechtigten die Umbettung von Toten aus der geschlossenen Wahlgrabstätte auf Kosten des Friedhofsträgers verlangen. Dies gilt nicht, wenn der Umbettung ein erhebliches öffentliches Interesse entgegensteht.
- (6) Alle Ersatzgrabstätten sind von der Samtgemeinde

Fürstenau kostenfrei in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.

### § 33 Alte Rechte

Diese Satzung gilt für alle bestehenden Nutzungsrechte. Bei Grabstätten, über welche die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richtet sich die Nutzungszeit nach den bisherigen Vorschriften.

### § 34 Anordnungen im Einzelfall

Der Friedhofsträger kann in Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen eine Anordnung im Einzelfall erlassen.

### § 35 Haftung

- (1) Die Samtgemeinde haftet nicht für Schäden, die durch nichtsatzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.
- (2) Die Samtgemeinde haftet nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ihres Personals. Von dieser Haftungsbeschränkung ausgenommen sind alle Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

### § 36 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 NKomVG in der jeweils geltenden Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  - a) sich als Besucher nicht entsprechend der Würde des Friedhofs verhält und Anordnungen des aufsichtsbefugten Personals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1),
  - b) gegen die Einzelbestimmungen des § 5 Abs. 2 zuwiderhandelt,
  - c) gewerbliche Arbeiten ohne die erforderliche Anzeige bei der Friedhofsverwaltung vornimmt, sich nicht an die festgesetzten Arbeitszeiten hält oder Werkzeuge oder Materialien unzulässig lagert (§ 6),
  - d) eine Bestattung der Friedhofsverwaltung nicht anzeigt (§ 7),
  - e) sich nicht an die Anforderungen der Beschaffenheit von Särgen und Urnen hält (§ 8),
  - f) als Rechtsnachfolger das Grabnutzungsrecht nicht unverzüglich auf sich umschreiben lässt (§ 18 Abs. 5),
  - g) den Gestaltungsvorschriften für Grabstätten zuwiderhandelt (§§ 20, 24),
  - h) die Genehmigungs- und Fundamentierungsvorschriften für Grabmale nicht beachtet (§§ 25, 26), oder Natursteine verwendet, die nicht mit § 28 vereinbar sind.
  - i) den Unterhaltungspflichten und Pflichten zur Entfernung des Grabmals nicht nachkommt (§§ 27, 29),
  - j) die Bestimmungen über Anlage und Pflege der Grabstätten nicht befolgt (§§ 21, 22, 23)

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden.

### § 37 Gebühren

Für die Benutzung der von der Samtgemeinde Fürstenau verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind die Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

### § 38 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.08.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofssatzung vom 16.03.2016 außer Kraft.

Fürstenau, den 06.07.2020

**Samtgemeinde Fürstenau**  
(Siegel) Trütken  
Samtgemeindebürgermeister

### ANLAGE zu § 28 der Satzung

Erklärung über die Vorlage von Nachweisen nach § 13 a BestattG

#### ANLAGE zu § 28 der Friedhofssatzung

Erklärung über die Vorlage von Nachweise nach § 13 a BestattG

Zutreffen-  
des bitte  
ankreuzen

Die Natursteine stammen aus einem Staat oder Gebiet, in dem das in § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BestattG genannte Übereinkommen [ILO 182] als eingehalten gilt, nämlich: .....  
Ich erkläre, dass die Natursteine in den vorstehend genannten Staat oder das Gebiet nicht zuvor aus einem Drittland importiert worden sind, in dem das in § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BestattG genannte Übereinkommen nicht eingehalten wird.

☐

oder

Da die Natursteine nicht aus einem Staat oder Gebiet stammen, in dem das in § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BestattG genannte Übereinkommen [ILO 182] als eingehalten gilt, wird als Nachweis ein Zertifikat einer der nachfolgend aufgeführten Organisationen vorgelegt:  
2.1 Fair Stone  
2.2 IGEP  
2.3 Werkgroep Duurzame Natuursteen – WGDN  
2.4 Xertifix

☐

oder

Der Nachweis wird durch eine gleichwertige Erklärung einer geeigneten Stelle oder Vereinigung im Sinne des § 13 a Abs. 3 Satz 4 BestattG erbracht, nämlich: .....  
Die erklärende Stelle  
- verfügt über einschlägige Erfahrungen und Kenntnisse,  
- ist weder unmittelbar noch mittelbar an der Herstellung oder am Handel mit Steinen beteiligt,  
- erklärt, dass sie sich über das Fehlen schlimmster Formen von Kinderarbeit durch unangekündigte Kontrollen im Herstellungsstaat vergewisserthat,  
- dokumentiert ihre Tätigkeit und stellt die Dokumentation auf Anforderung des Friedhofsträgers zur Einsichtnahme zur Verfügung.

☐

Ort Datum Unterschrift

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

189

**Satzung**  
**zur 1. Änderung und Ergänzung**  
**der Gebührensatzung zur Friedhofssatzung**  
**der Stadt Georgsmarienhütte**  
**vom 09.07.2020**

Aufgrund § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 8.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), sowie §§ 1, 2, und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), erlässt der Rat der Stadt Georgsmarienhütte folgende 1. Änderung bzw. Ergänzung zur Satzung vom 03.06.2020:

## **§ 1**

Der Tarif zu § 1 wird wie folgt ergänzt:

### **I. Gebühr für den Erwerb von Nutzungsrechten an Grabstätten**

<b>4. Gemeinschaftsgrabanlagen mit besonderer Gestaltung</b>	
4.1 Erdreihengrabstätte	975,00 EURO
4.2 Erdwahlgrabstätte (je Stelle)	1.158,00 EURO
4.3 Urnenwahlgrabstätte (je Stelle)	627,00 EURO
4.4 Urnengemeinschaftsgrabstätte	565,00 EURO

## **§ 2**

### **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

**Georgsmarienhütte, 10.07.2020**

**Stadt Georgsmarienhütte**

Bahlo

Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

**190**

## **Satzung**

### **der Stadt Georgsmarienhütte für das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Georgsmarienhütte (Friedhofssatzung) vom 09.07.2020**

Die Stadt Georgsmarienhütte erlässt auf Grund der §§ 10, 13 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), sowie des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen (BestattG) für das Land Niedersachsen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117) folgende

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

## **§ 1**

### **Geltungsbereich**

Diese Friedhofssatzung gilt für alle im Gebiet der Stadt Georgsmarienhütte gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe und Friedhofskapellen.

## **§ 2**

### **Friedhofszweck**

1. Die Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen der Stadt Georgsmarienhütte. Sie dienen der Bestattung aller Personen, die bei Ihrem Ableben Einwohner der Stadt Georgsmarienhütte waren oder ein Recht auf Beisetzung an einer bestimmten Grabstätte besaßen. Die Bestattung anderer Personen bedarf einer Ausnahmegenehmigung.
2. Die Friedhöfe erfüllen aufgrund ihrer gärtnerischen Gestaltung auch allgemeine Grünflächenfunktionen. Deshalb hat jeder das Recht, die Friedhöfe als Ort der Ruhe und Besinnung, unter Wahrung der Würde des Ortes aufzusuchen.

## **§ 3**

### **Außerdienststellung und Entwidmung**

1. Jeder Friedhof oder Friedhofsteil kann aus einem wichtigen öffentlichen Grund ganz oder teilweise außer Dienst gestellt werden. Dasselbe gilt für einzelne Grabstätten. Ein Außerdienstgestellter Friedhof darf entwidmet werden, wenn die gesetzliche Mindestruhezeit nach allen Bestattungen abgelaufen ist.
2. Durch die Außerdienststellung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen. Entschädigungsansprüche können wegen einer solchen Maßnahme gegen den Friedhofsträger nicht erhoben werden. Soweit durch eine Außerdienststellung das Recht auf weitere Beisetzungen in Wahlgrabstätten erlischt, wird dem Nutzungsberechtigten bei Eintritt eines weiteren Beisetzungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte für die restliche Nutzungszeit zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen verlangen.
3. Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofes als Ruhestätte der Toten verloren. Die Bestatteten werden, falls die Ruhefrist oder die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Stadt Georgsmarienhütte in eine andere gleichwertige Grabstätte umgebettet. Soweit die Ruhefrist der in Wahlgrabstätten Bestatteten zum Zeitpunkt der Entwidmung bereits abgelaufen ist, erfolgt die Umbettung jedoch nur auf Antrag und Kosten des Nutzungsberechtigten.
4. Außerdienststellung oder Entwidmung werden öffentlich bekannt gemacht. Bei einzelnen Wahlgrabstätten erhält der jeweilige Nutzungsberechtigte stattdessen eine schriftliche Benachrichtigung, wenn sein Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
5. Eine Verpflichtung zur Bekanntgabe von Umbettungsterminen besteht nicht.
6. Alle Ersatzgrabstätten sind von der Stadt Georgsmarienhütte kostenfrei in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten. Die bisherigen Nutzungsrechte gelten für die Ersatzwahlgrabstätten entsprechend.

### **II. Ordnungsvorschriften**

## **§ 4**

### **Öffnungszeiten**

1. Die Friedhöfe sind täglich durchgehend für den Besuch

geöffnet. Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.

2. Bei Schnee und Eis sind nur die Wege zu benutzen, die entweder vom Schnee freigemacht oder gestreut sind (eingeschränkter Winterdienst). Für Unfälle, die infolge Zuwiderhandlungen eintreten, wird eine Haftung der Stadt Georgsmarienhütte ausdrücklich ausgeschlossen.

## **§ 5 Verhalten auf dem Friedhof**

1. Friedhofsbesucher haben sich der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Die Anordnungen des Friedhofs-personals sind zu befolgen.
2. Auf den Friedhöfen ist nicht gestattet:
  - a. Flächen und Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren; ausgenommen ist das Befahren mit Fahrzeugen mit Sondergenehmigungen und Fahrzeugen, die zur Fortbewegung aus gesundheitlichen Gründen zwingend erforderlich sind,
  - b. Waren aller Art, insbesondere Kränze und Blumen und gewerbliche Dienste anzubieten,
  - c. Werbung irgendwelcher Art zu treiben oder Sammlungen durchzuführen,
  - d. an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
  - e. Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen,
  - f. Druckschriften zu verteilen, sofern diese nicht für die Durchführung der Bestattung erforderlich sind,
  - g. die Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, Einfriedungen, Tore und Hecken zu übersteigen und Rasenflächen (soweit sie nicht als Wege dienen), Grabstätten und Grabeinfassungen unberechtigt zu betreten,
  - h. zu rauchen, zu lärmern und zu spielen,
  - i. Tiere mitzubringen, ausgenommen Hunde an der kurzen Leine, Hundekot ist vom Hundeführer zu entfernen,
  - j. Grabzubehör zu entfernen,
  - k. chemische Unkraut- oder Schädlingsbekämpfungsmittel jeder Art auf Grabstellen oder den übrigen, der Öffentlichkeit gewidmeten Wege- und Grünflächen, auszubringen,
  - l. Erdaushub und Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern, privaten Grünabfall und sonstige Abfälle von außen auf den Friedhof zu verbringen. Ergänzend gelten die Vorschriften der Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Georgsmarienhütte in der jeweils gültigen Fassung.
3. Fahrzeuge des Bestattungswesens und Berufsfahrzeuge von Dienstleistungserbringern fallen nicht unter das Verbot von Abs. 2a;
4. Totengedenkfeiern und andere nicht mit einer Bestattung zusammenhängende Veranstaltungen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie sind 14 Tage vorher anzumelden
5. Wer gegen diese Ordnungsvorschriften handelt oder Weisungen des Aufsichtspersonals nicht befolgt, kann vom Friedhof verwiesen werden, ihm kann das weitere Betreten vorübergehend oder dauerhaft verboten werden.

## **§ 6 Dienstleistungen**

1. Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.
2. Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.
3. Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.
4. Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur werktags in der Zeit zwischen 8:00 Uhr und 18:00 Uhr bzw. an Samstagen bis 14:00 Uhr, ausgeführt werden. Das Begießen von Gräbern ist auch außerhalb dieser Zeit und an Sonn- und Feiertagen zulässig. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
5. Bei allen Arbeiten ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen.
6. Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
7. Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

## **III. Bestattungsvorschriften**

### **§ 7 Bestattung**

1. Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die geforderten Unterlagen gem. des Niedersächsischen Bestattungsgesetzes beizufügen. Wird eine Beisetzung auf einer vorher erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
2. Die Friedhofsverwaltung setzt Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Bestattungen erfolgen grundsätzlich an Werktagen, spätestens um 15:00 Uhr, samstags bis 11:00 Uhr. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.
3. Erdbestattungen und Einäscherungen dürfen frühestens nach Ablauf von 48 Stunden und sollen spätestens acht Tage nach Eintritt des Todes durchgeführt werden. Urnen sollen innerhalb eines Monats nach der Einäscherung beigesetzt werden. Leichen, die nicht binnen acht Tagen nach Eintritt des Todes und Aschen, die nicht spätestens

einen Monat nach der Einäscherung bestattet worden sind, können auf Kosten des Bestattungspflichtigen von Amts wegen in einer Reihengrabstätte/Urnengrabstätte bestattet werden.

4. Sind Mutter und Kind bei der Geburt gestorben, können beide in einem Sarg beigesetzt werden, sofern das Gewicht des Kindes unter 500g liegt.
5. Die Bestattung von Leichen hat in Särgen zu erfolgen. Auf muslimischen Grabfeldern kann die Bestattung nach islamischen Glaubenssätzen in Leichentüchern erfolgen, sofern keine Anhaltspunkte für gesundheitliche Gefahren bestehen.

## **§ 8**

### **Ausheben der Gräber**

1. Die Gräber werden von den Beauftragten der Friedhofsverwaltung ausgehoben und wieder zugefüllt. Sie kann auf Kosten der Auftraggeberin / des Auftraggebers der Beisetzung, Dienstleistungserbringer hinzuziehen, falls vor dem Ausheben von Gräbern Grabmale, Grabeinfassungen, Fundamente, Grabzubehör, Pflanzungen oder sonstige Anlagen entfernt werden müssen.  
Bei Bestattungen auf den muslimischen Grabfeldern kann das Verfüllen der Gräber durch die Bestattungsteilnehmer erfolgen.
2. Müssen bei der Durchführung der Bestattung auch Teile von Nachbargrabstätten abgeräumt werden (z.B. aus Platzgründen), sind diese Arbeiten von der der Friedhofsverwaltung oder einem von ihr beauftragten Dritten auszuführen. Der Nutzungsberechtigte der Grabstätte, auf welcher diese Arbeiten ausgeführt werden müssen, hat die erforderlichen Maßnahmen zu dulden. Die Kosten für das Abräumen und den Ersatz trägt die Auftraggeberin / der Auftraggeber für die Beisetzung nach § 8 Abs. 1.
3. Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bei Tiefengräber mindestens 1,60 m und bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
4. Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

## **§ 9**

### **Särge und Urnen**

1. Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit bis zur Beisetzung ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht oder nur schwer verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein.
2. Die Särge sollen höchstens 2,05 m lang, 0,70 m hoch und 0,75 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.
3. Die Särge für Feuerbestattungen müssen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.
4. Für die Beisetzung von Aschen dient eine Aschenkapsel.

5. Überurnen (Schmuckurnen), die in der Erde beigesetzt werden, müssen aus leicht abbaubarem, umweltfreundlichem Material bestehen.
6. Bei Bestattungen in Leichentüchern muss der Transport der Leiche zum Grab in einem geschlossenen, feuchtheitshemmenden Transportsarg erfolgen.

## **§ 10**

### **Ruhezeit**

1. Die Ruhezeit für Verstorbene beträgt 30 Jahre, bei Kindern, die bis zum vollendeten 6. Lebensjahr verstorben sind, 20 Jahre, für Aschen ebenfalls 20 Jahre, sowie für Erdbeisetzungen im Grabkammer-System ebenfalls 20 Jahre.
2. Die Frist beginnt am Tag der Beisetzung und soll eine ausreichende Verwesung sowie eine angemessene Totenehrung gewähren.

## **§ 11**

### **Ausgrabungen und Umbettungen**

1. Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
2. Umbettungen von Verstorbenen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung; sie dürfen nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. In den ersten 2 Jahren der Ruhezeit dürfen Leichen nur umgebettet werden bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses. Das Herausnehmen von Urnen anlässlich der Beisetzung einer Leiche in einer Wahlgrabstätte und die anschließende Wiederbeisetzung der Urne in derselben Grabstätte ist keine Umbettung im Sinne dieser Satzung.
3. Nach Ablauf der Ruhezeit können noch vorhandene Gebeine oder Aschenreste mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung in belegte Grabstätten aller Art (Ausnahme Gemeinschaftsgräber) umgebettet werden.
4. Ausgrabungen oder Umbettungen erfolgen nur auf Antrag; antragsberechtigt ist der Nutzungsberechtigte. Werden Nutzungsrechte an Wahlgräbern bei Vernachlässigung der Grabpflege (§ 30) entzogen, können Verstorbene, deren Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, von Amts wegen in Reihengrabstätten/Urnengemeinschaftsgrabstätten umgebettet werden.
5. Die Friedhofsverwaltung bestimmt den Zeitpunkt der Umbettungen und führt sie durch.
6. Die Umbettungskosten und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen entstehen, haben die Antragsteller zu tragen, § 3 Abs. 2 bleibt unberührt.
7. Die Ruhe- und Nutzungszeit werden durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
8. Sollen Verstorbene zu anderen als zu Umbettungszwecken exhumiert werden, so ist hierfür eine behördliche oder richterliche Anordnung erforderlich.



## **IV. Grabstätten**

### **§ 12**

#### **Allgemeine Vorschriften**

1. Grabstätten bleiben Eigentum der Stadt Georgsmarienhütte. Rechte an ihnen können nur nach dieser Satzung erworben werden.
2. Die Grabstätten werden unterschieden in
  - a. Reihengrabstätten
  - b. Wahlgrabstätten
  - c. Urnenwahlgrabstätten
  - d. Urnengemeinschaftsgrabstätten als Wiesengräber
  - e. Urnengemeinschaftsgrabstätten als Baumgräber
  - f. Erdgemeinschaftsanlage (Grabkammer)
  - g. Gemeinschaftsgrabanlagen mit besonderer Gestaltung
  - h. Sternenkindergrabstätte
  - i. Ehrengrabstätten/Kriegsgrabstätten

Die Grabstätten zu d., f. und g. werden nur auf dem Parkfriedhof Schauenroth und die Grabstätten zu e. und h. nur auf dem Waldfriedhof Kloster Oesede zur Verfügung gestellt.

Auf allen städtischen Friedhöfen befinden sich Reihengrabstätten und Wahlgrabstätten, die nach muslimischen Glaubensvorschriften eingemessen wurden.

3. Die Lage der einzelnen Grabstättenarten wird in Belegungsplänen festgelegt.
4. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb von Rechten an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte, an Wahlgrabstätten, an Urnenwahlgrabstätten, an Ehrengrabstätten, an Grabstätten in Gemeinschaftsanlagen mit besonderer Gestaltung oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung.  
Etwaige Beeinträchtigungen durch die vorhandene Bepflanzung sind zu dulden.

### **§ 13**

#### **Erwerb von Nutzungsrechten**

1. Ein Nutzungsrecht wird nur an eine einzelne natürliche Person oder Erbengemeinschaft verliehen. Der Erwerb eines Nutzungsrechts für eine Wahl- oder Reihengrabstätte ist jederzeit möglich, wobei für eine Wahlgrabstätte ein Sondernutzungsrecht erworben wird.
2. Nutzungsrechte werden entweder durch Neuerwerb, Nachfolge oder Übertragung erworben. Ein Sondernutzungsrecht kann zudem wiedererworben werden. Hierfür sind die in der Friedhofsgebührensatzung festgelegten Gebühren zu entrichten. Das Nutzungsrecht entsteht mit Aushändigung der Verleihungsurkunde.
3. Jede Verleihung, Verlängerung oder Umschreibung von Grabnutzungsrechten wird erst nach Zahlung der fälligen Gebühr wirksam.
4. Bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber bestimmen, auf wen das Nutzungsrecht nach seinem Tod übergehen soll. Trifft er bis zu seinem Tode keine Bestimmung, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten mit deren Zustimmung über:

- a. auf den überlebenden Ehegatten, und zwar auch dann, wenn Kinder aus früheren Ehen vorhanden sind,
  - b. auf die ehelichen und nichtehelichen Kinder,
  - c. auf die Adoptiv- und Stiefkinder,
  - d. auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter und Mütter,
  - e. auf die Eltern,
  - f. auf die Geschwister,
  - g. auf die Stiefgeschwister,
  - h. auf die nicht unter a. bis g. fallenden Erben.
- Innerhalb der einzelnen Gruppen b. bis d. und f. bis h. wird der Älteste Nutzungsberechtigter.

5. Der Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auf eine im Abs. 4 Satz 2 genannte Person übertragen.
6. Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb bei der Friedhofsverwaltung auf sich umschreiben zu lassen.
7. Abs. 4 gilt in den Fällen der Abs. 5 und 6 entsprechend.
8. Auf den Ablauf von Nutzungsrechten wird ortsüblich hingewiesen.

### **§ 14**

#### **Reihengrabstätten**

1. Reihengrabstätten sind Grabstätten für Erdbeisetzungen, die gegen Zahlung der festgesetzten Gebühren der Reihe nach belegt werden und auf denen ein Nutzungsrecht nur für die Dauer der Ruhezeit verliehen wird.
2. Es werden eingerichtet:
  - a. Reihengrabstätten für Verstorbene bis zum vollendeten 6. Lebensjahr (Kinderreihengräber)
  - b. Reihengrabstätten für Verstorbene ab dem vollendeten 6. Lebensjahr (Erwachsenenreihengräber)
3. In jeder Reihengrabstätte darf nur eine Beisetzung vorgenommen werden. Eine Reihengrabstätte kann niemals in eine Wahlgrabstätte umgewandelt werden.

### **§ 15**

#### **Wahlgrabstätten**

1. Wahlgrabstätten sind ein- oder mehrstellige Grabstätten für Erd- und Urnenbeisetzungen, auf denen ein Sondernutzungsrecht für die Dauer der Ruhezeit verliehen und deren Lage von der Friedhofsverwaltung zugewiesen wird. Dabei besteht kein Anspruch auf die Zuweisung einer bisher noch nicht belegten Grabstätte.
2. Ein Wiedererwerb ist nach Ablauf des Nutzungsrechts auf Antrag und auf die Dauer von 5, 10, 15, 20 oder 30 Jahren und nur für die gesamte Grabstätte möglich. Ein Anspruch auf Wiedererwerb besteht nicht.
3. Die Wahlgrabstätten werden unterschieden in Einfach- und Tiefgräber. Auf einer Grabstelle dürfen bei gleichzeitig laufenden Ruhezeiten höchstens ein Sarg und zwei Urnen bestattet werden, wobei Särgen niemals über Urnen beigesetzt werden dürfen. In einem Tiefgrab sind bei gleichzeitig laufenden Ruhezeiten nur zwei Erdbeisetzungen übereinander zulässig. Sofern die Ruhezeit der obeliegenden Leiche noch nicht abgelaufen ist, dürfen keine weiteren Erdbeisetzungen auf dieser Grabstätte erfolgen.

Es werden Wahlgrabstätten für bis zu 8 Erdbeisetzungen angeboten.

4. Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung nur stattfinden, wenn die Ruhefrist die Nutzungszeit nicht übersteigt oder das Nutzungsrecht für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhefrist anteilig verlängert wird.
5. Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden und über andere Beisetzungen bei Vorliegen eines Todesfalles zu entscheiden.
6. Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit zurückgegeben werden, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit. Eine Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich.

## **§ 16**

### **Urnenwahlgrabstätten**

1. Urnenwahlgrabstätten sind für Urnenbestattungen bestimmte Grabstätten, an denen auf Antrag bei einem Todesfall ein Sondernutzungsrecht für die Dauer von 20 Jahren (Nutzungszeit) verliehen und deren Lage beim Erwerb festgelegt wird.
2. Die Zahl der Urnen, die in einer Urnenwahlgrabstätte bestattet werden können, richtet sich nach der Größe der Grabstätte. Es werden Urnengrabstätten für bis zu zwei, vier und sechs Urnenbeisetzungen angeboten.
3. Soweit in der Friedhofssatzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Wahlgrabstätten sinngemäß auch für die Urnenwahlgrabstätten.

## **§ 17**

### **Urnengemeinschaftsgrabstätten**

1. Urnengemeinschaftsgrabstätten sind Reihengrabstätten für Urnenbeisetzungen ohne individuelle Kennzeichnung und Gestaltungsmöglichkeit. Die Gestaltung und Unterhaltung / Pflege obliegen der Friedhofsverwaltung, die auch den Umfang und die Ausstattung der Urnengemeinschaftsgrabfelder sowie die Beisetzungsstelle bestimmt. Die Grablagen der Urnengemeinschaftsgrabstätten werden nicht bekannt gegeben.
2. Soweit in der Friedhofssatzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Reihengrabstätten sinngemäß auch für die Urnengemeinschaftsgrabstätten.

### **§ 17a**

#### **Urnengemeinschaftsgrabstätten als Wiesengräber**

1. Urnengemeinschaftsgrabstätten als Wiesengräber sind Aschenstätten für Beisetzungen auf einer Wiese der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit

### **§ 17b**

#### **Urnengemeinschaftsgrabstätten als Baumgräber**

1. Urnengemeinschaftsgrabstätten als Baumgräber sind Aschestätten für Beisetzungen im Wurzelbereich von besonders ausgewiesenen Bäumen für die Dauer der Ruhezeit.

2. Die Beisetzung darf nur in einer biologisch abbaubaren Urne erfolgen.

3. Sollte der Baum im Laufe des Nutzungsrechtes beschädigt oder zerstört werden, schafft die Stadt Georgsmarienhütte Ersatz durch Pflanzung eines neuen Baumes.

## **§ 18**

### **Erdgemeinschaftsanlage (Grabkammer)**

1. Die Grabkammer ist eine Reihengrabstätte als Gemeinschaftsanlage für Erdbestattungen, die ohne individuelle Kennzeichnung und Gestaltungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird. Die Gestaltung und Unterhaltung / Pflege obliegen der Friedhofsverwaltung, die auch den Umfang und die Ausstattung der Grabkammer sowie die Beisetzungsstelle bestimmt. Die Grablagen der Grabstätten werden nicht bekannt gegeben.
2. Soweit in der Friedhofssatzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Reihengrabstätten sinngemäß auch für die Erdgemeinschaftsanlage.

## **§ 19**

### **Gemeinschaftsgrabanlagen mit besonderer Gestaltung**

1. Eine Beisetzung in der Gemeinschaftsgrabanlage mit besonderer Gestaltung ist ausschließlich in Verbindung mit dem Abschluss eines privatrechtlichen Grabpflegevertrages über die Dauer des gesamten Nutzungsrechts über die Nordwestdeutsche Treuhandstelle für Dauergrabpflege GmbH zulässig, der die Kosten des Grabmals, dessen Beschriftung mit den Lebensdaten des Beigesetzten sowie Pflege und Bepflanzung für die volle Zeit der Ruhefrist abdeckt.
2. Die Herstellung, Unterhaltung und Pflege erfolgt ausschließlich durch den Vertragspartner des Friedhofsträgers. Eine individuelle gärtnerische Ausgestaltung sowie das Aufstellen eines Grabdenkmals oder Gedenkzeichens durch die Nutzungsberechtigten sind nicht gestattet. Das Nutzungsrecht ist insoweit eingeschränkt. Ein vorzeitiger Verzicht auf die Grabstelle ist nicht möglich.
3. Die Anlage umfasst folgende Grabarten
  - a. Erdreihengrabstätte als Einzelgrab
  - b. Erdwahlgrabstätte als Partnergrab (2 Stellen als Tiefengrab oder nebeneinander)
  - c. Erdwahlgrabstätte als Familiengrab (4 Stellen)
  - d. Urnenwahlgrabstätte als Einzelgrab
  - e. Urnenwahlgrabstätte als Partnergrab (2 Stellen)
  - f. Urnengemeinschaftsgrabstätte
4. Im Übrigen gelten die Regelungen für Reihen- und Wahlgrabstätten.

## **§ 20**

### **Sternenkindergrabstätte**

1. Das Sternenkindergrab ist eine Grab- und Gedenkstätte für nicht beerdigungspflichtige Ungeborene und Fehlgeborene.
2. Sternenkindergrabstätten werden ohne Verleihung von Nutzungsrechten sowie ohne individuelle Kennzeichnung und Gestaltungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Die

Gestaltung und Unterhaltung / Pflege obliegen der Friedhofsverwaltung, die auch den Umfang und die Ausstattung sowie die Beisetzungsstelle bestimmt.

3. Soweit in der Friedhofssatzung nichts anderes bestimmt ist, gelten die Vorschriften für die Reihengrabstätten sinngemäß auch für das Sternenkindergrab.

## **§ 21**

### **Ehrenggrabstätten / Kriegsgrabstätten**

Ehrenggrabstätten / Kriegsgrabstätten werden auf Beschluss des Rates der Stadt Georgsmarienhütte zuerkannt. Sie werden von der Stadt Georgsmarienhütte angelegt und gepflegt.

## **V. Gestaltung der Grabstätten**

### **§ 22**

#### **Allgemeine Gestaltungsvorschriften**

1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtheit gewahrt wird.
2. Auf den städtischen Friedhöfen sind grundsätzlich Einfassungen aus Stein als äußere Grabeinfassung zugelassen.  
Hiervon ausgenommen sind die Hecken auf dem alten Teil des Friedhofs Harderberg im Bereich der Wahlgrabstätten. Diese sind zu erhalten und bei Abgang entsprechend zu ersetzen.
3. Um auf dem Friedhof Harderberg ein einheitliches Gesamtbild zu gewährleisten, wird die Stadt Georgsmarienhütte für den Heckenschnitt Sorge tragen.

## **VI. Grabmale**

### **§ 23**

#### **Gestaltung**

1. Die Grabmale unterliegen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung lediglich den allgemeinen Gestaltungsvorschriften des § 22 Abs.1.
2. Urnengemeinschaftsgrabstätten sowie die Erdgemeinschaftsanlage werden jeweils mit einem Gemeinschaftsgrabmal ausgestattet, auf dem die Namen der dort Bestatteten aufgeführt werden können. Die Anlage und Unterhaltung obliegt der Friedhofsverwaltung. Das Niederlegen von Grabschmuck ist nur vor dem jeweiligen Gemeinschaftsgrabmal zulässig.
3. Firmenbezeichnungen dürfen nur in unauffälliger Weise, möglichst seitlich an den Grabmalen, angebracht werden.

### **§ 24**

#### **Genehmigungspflicht**

1. Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen (Denkmal, Abdeckplatte und Einfassung) und anderen Anlagen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Auch provisorische Grabmale sind zustimmungspflichtig. Der Grabrechtsinhaber trägt die Kos-

ten der Genehmigung. Der Antragsteller hat das Nutzungsrecht nachzuweisen.

2. Gem. § 13 a des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesens vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (GVBl. S. 117), dürfen Natursteine nur verwendet werden, wenn glaubhaft gemacht wird, dass sie in einem Staat oder Gebiet gewonnen oder hergestellt wurden, in dem das Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291, Bekanntmachung vom 28. Juni 2002, BGBl. II S. 2352) eingehalten wird oder ein Nachweis nach Abs. 3 Buchstabe g) vorgelegt wird.
3. Den Anträgen sind beizufügen:
  - a. die zeichnerische Darstellung des Grabmals (Grabmalentwurf) einschließlich der Abbildung von Art und Umfang der Fundamentierung und der Verbindung zwischen dem Fundament und dem Grabmal, Seitenansicht und Grundriss mit Anordnung der Schrift, der Ornamente und Symbole, detailliert bemaßt und in den Proportionen stimmig,
  - b. die zeichnerische Darstellung der Ornamente und Symbole,
  - c. die Beschreibung des Materials des Grabmales, der Schrift, der Ornamente und Symbole, zur Art der Bearbeitung sowie farbliche Gestaltung,
  - d. Wiedergabe der vollständigen Aufschrift,
  - e. Beschreibung aller Bauteile, insbesondere auch aller sicherheitsrelevanten Bauteile bezüglich Abmessungen, Technik der Verankerung/Einbindelänge der Dübel, Gründungsart sowie der hierfür verwendeten Materialien (Dübel/Betongüte),
  - f. bei der Verwendung von QR-Codes als Grabinschrift der vollständige Inhalt der hinterlegten Internetseite zum Zeitpunkt des Antrages. Die/der Nutzungsberechtigte muss bestätigen, dass sie/er für den Inhalt verantwortlich ist und während der gesamten Nutzungszeit bleibt. Diese Erklärung ist dem Antrag zwingend beizufügen.
  - g. ein Nachweis, dass die Natursteine unter Beachtung des Übereinkommens gewonnen und hergestellt worden sind. Der Nachweis ist zu führen durch ein Zertifikat einer unabhängigen Stelle oder Vereinigung, die sich für die Beachtung des Übereinkommens einsetzt. Als Zertifikate werden anerkannt:
    - i. Fair Stone
    - ii. IGEP
    - iii. Werkgroep Duurzame Natuursteen – WGDN
    - iv. Xertifixoder gleichwertige Erklärungen geeigneter Stellen oder Vereinigungen.
4. Die Genehmigung kann unter Bedingungen oder Auflagen erteilt werden. Sie kann widerrufen und die Änderung oder Beseitigung eines bereits aufgestellten Grabmals angeordnet werden, wenn die Vorschriften dieser Satzung oder die in der Genehmigung ausgesprochenen Bedingungen und Auflagen nicht beachtet worden sind.
5. Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen einen Monat nach Benachrichtigung des Nutzungsberechtigten auf dessen Kosten entfernen zu lassen.
6. Die Genehmigung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht innerhalb eines Jahres er-

richtet oder verändert worden ist.

## **§ 25**

### **Fundamentierung und Befestigung**

1. Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.
2. Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen sie die Standsicherheit von Grabmalen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.
3. Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

## **§ 26**

### **Unterhaltung**

1. Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich dafür ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
2. Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen.
3. Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen (z.B. Umlegen von Grabmalen, Absperrungen) treffen.
4. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz der schriftlichen Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Die

Friedhofsverwaltung ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate auf Kosten des Verantwortlichen aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

5. Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch Umstürzen von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon verursacht wird.

## **§ 27**

### **Entfernung**

1. Nach Ablauf des Nutzungsrechts oder nach Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale, Grabplatten, Fundamente oder sonstige bauliche Anlagen vom Nutzungsberechtigten zu entfernen. Eine Entsorgung ist auf der friedhofseigenen Deponie nicht gestattet.
2. Geschieht dies nicht binnen drei Monaten, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten des Nutzungsberechtigten abräumen zu lassen. Es gelten die Regelungen des § 29 Absatz 2.
3. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen zu verwahren.

## **§ 28**

### **Schutz wertvoller Grabmale**

Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale unterstehen dem besonderen Schutz der Stadt Georgsmarienhütte und des zuständigen Denkmalpflegers. Sie werden in einem Verzeichnis geführt und dürfen ohne Zustimmung der Stadt und des zuständigen Denkmalpflegers nicht entfernt oder geändert werden.

## **VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten**

### **§ 29**

#### **Herrichtung und Unterhaltung**

1. Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 22 hergerichtet und dauernd instandgehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen zu entsorgen. Großpflanzen mit Ballen, Kränze (-Schleifen sind zu entfernen -) und Erde sind in der friedhofseitigen Deponie in den Großbehältern getrennt nach Erde-, Grün- und Kunststoffabfall zu entsorgen. Grabpflegende Dienstleistungserbringer haben anfallenden Abfall in der gleichen Deponie in den jeweiligen Großbehältern zu entsorgen. Gießkannen, Eimer, Behältnisse, Werkzeuge und dergl. dürfen nicht hinter Grabmalen in den Anlagen abgelegt werden. Ausgenommen sind Grabvasen. Die Herrichtung umfasst auch das Beseitigen provisorischer Grabhügel. Die Pflege der Grabstätten hat auch entlang der äußeren Steineinfassung bzw. der angrenzenden Hecken zu erfolgen.
2. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und öffentliche Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.

3. Für die Herrichtung und die Instandhaltung ist der Nutzungsberechtigte verantwortlich. Die Verpflichtung erlischt erst mit dem Ablauf des Nutzungsrechts. Nach Ende der Nutzungszeit ist der Nutzungsberechtigte dazu verpflichtet, die Grabstätte vollständig abzuräumen. Es gelten die Regelungen des § 30 Absatz 2.
4. Reihen- und Wahlgrabstätten müssen binnen drei Monaten nach dem Erwerb des Nutzungsrechts hergerichtet werden.
5. Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der Urnengemeinschaftsgrabstätten, der Erdgemeinschaftsanlage, der Sternenkindergrabstätte, der Gemeinschaftsgrabanlage mit besonderer Gestaltung sowie der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.
6. Bänke dürfen nicht auf Grabstätten gestellt werden.
7. Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen, Markierungszeichen und Gießkannen. Solche Gegenstände sind nach Ende des Gebrauchs vom Friedhof zu entfernen oder in den zur Abfalltrennung vorgesehenen Behältern abzulegen.

### **§ 30 Vernachlässigung**

1. Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche (§ 29 Abs. 3) nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt der Verantwortliche seiner Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung in diesem Fall die Grabstätte auf seine Kosten in Ordnung bringen oder bringen lassen. Die Friedhofsverwaltung kann darüber hinaus das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie den Verantwortlichen schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird der Nutzungsberechtigte aufgefordert, die Bepflanzung inklusive Wurzelwerk, das Grabmal und die sonstigen baulichen Anlagen innerhalb von drei Monaten seit Unanfechtbarkeit des Entziehungsbescheides zu entfernen.
2. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird der unbekannte Verantwortliche durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.

## **VIII. Leichenhallen und Trauerfeiern**

### **§ 31 Benutzung der Leichenhallen**

1. Die Leichenhallen dienen der Aufnahme der Leichen und Aschen bis zur Bestattung. Sie dürfen nur mit Erlaubnis

der Friedhofsverwaltung betreten werden.

2. Die Angehörigen oder sonstige Verpflichtete haben gemäß dem niedersächsischen Bestattungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung zu veranlassen, dass der Verstorbene aus dem Sterbehause zur Leichenhalle überführt wird. Er muss ordnungsgemäß eingesargt sein. Das Einsargen oder Umsargen in den Leichenhallen ist nicht gestattet. Die Bekleidung soll aus leicht vergänglichen Stoffen bestehen. Bei der Einsargung anfallende Gegenstände oder Textilien dürfen in den friedhofsseitigen Behältern nicht entsorgt werden. Dieses hat der Bestatter zu übernehmen.
3. Wertgegenstände sollen Verstorbenen bei der Einlieferung nicht mitgegeben werden. Für Verluste oder Beschädigung an solchen Gegenständen haftet die Stadt Georgsmarienhütte nicht.
4. Sofern keine gesundheitlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können Angehörige die Verstorbenen zu den mit dem Friedhopspersonal vereinbarten Zeiten sehen.

### **§ 32 Trauerfeier**

1. Die Trauerfeiern können in einem dafür bestimmten Raum (Friedhofskapelle), am Grab oder an einer anderen im Freien vorgesehenen Stelle abgehalten werden. Der Ort, die Zeit und die Dauer der Trauerfeier sind vorher mit der Friedhofsverwaltung abzustimmen.

## **IX. Schlussvorschriften**

### **§ 33 Speicherung personenbezogener Daten**

Die Stadt Georgsmarienhütte kann personenbezogene Daten der / des Verstorbenen und der / des Nutzungsberechtigten und dessen Nachfolgers / Nachfolgerin speichern und nutzen, soweit dies zur Erfüllung der ihr nach dieser Satzung obliegenden Aufgaben erforderlich ist.

### **§ 34 Ausnahmen**

Die Stadt kann Ausnahmen von den Regelungen dieser Satzung zulassen, wenn dies der Vermeidung einer unbilligen Härte dient oder im öffentlichen Interesse liegt und nicht dem Zweck dieser Satzung entgegensteht.

### **§ 35 Haftungsausschluss**

Die Stadt Georgsmarienhütte haftet nicht für die Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen oder ihrer Einrichtungen, durch dritte Personen oder durch Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im Übrigen haftet die Stadt Georgsmarienhütte nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.

### **§ 36 Gebühren**

Für die Benutzung der von der Stadt Georgsmarienhütte verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührensatzung zu entrichten.

### **§ 37 Ordnungswidrigkeiten**

1. Ordnungswidrig im Sinne des § 10 Abs. 5 NKomVG in der jeweils geltenden Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  - a. sich als Besucher nicht entsprechend der Würde des Friedhofs verhält und Anordnungen des aufsichtsbe-  
fugten Personals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1),
  - b. den Einzelbestimmungen des § 5 Abs. 2 zuwiderhan-  
delt,
  - c. gegen die Vorschriften über die gewerbliche Betäti-  
gung auf dem Friedhof nach § 6 verstößt,
  - d. eine Bestattung der Friedhofsverwaltung nicht anzeigt  
(§ 7 Abs. 1),
  - e. sich nicht an die Anforderungen der Beschaffenheit  
von Särgen und Urnen hält (§ 9),
  - f. als Rechtsnachfolger das Grabnutzungsrecht nicht un-  
verzüglich auf sich umschreiben lässt (§ 13 Abs. 6),
  - g. den Gestaltungsvorschriften für Grabstätten zuwider-  
handelt (§§ 22, 23),
  - h. die Genehmigungs- und Fundamentierungsvorschrif-  
ten für Grabmale nicht beachtet (§§ 24, 25),
  - i. den Unterhaltungspflichten und Pflichten zur Entfer-  
nung des Grabmals nicht nachkommt (§§ 25, 26),
  - j. die Bestimmungen über Anlage und Pflege der Grab-  
stätten nicht befolgt (§§ 29, 30).Strafrechtliche Sondervorschriften bleiben unberührt.
2. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu  
5.000,00 EUR geahndet werden.

### **§ 38 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig wird die Friedhofssatzung der Stadt Georgsmarienhütte vom 22.07.2015 und die 1. Änderungssatzung der Friedhofssatzung vom 16.02.2017 aufgehoben.

**Georgsmarienhütte, 10.07.2020**

**Stadt Georgsmarienhütte**  
Bahlo  
Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2020

**191**

**Bekanntmachung  
des OOWV  
Anlage zu den Versorgungsbedingungen,  
Preisregelungen des OOWV  
für die Versorgung mit Trinkwasser,  
Brake**

# Bekanntmachung des OOWV

## Der OOWV gibt folgende Änderungen bekannt:

### Anlage zu den Versorgungsbedingungen

### Preisregelungen des OOWV für die Versorgung mit Trinkwasser

Gültig bis zum 31.12.2020 auf Grundlage des zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes vom 29.06.2020

#### § 1 Lieferungen und Leistungen

...

#### 3. Wasserzählermiete

Die Miete beträgt für einen Wasserzähler der Größe

		Netto €	5 % MwSt. €	Brutto €
a) Hauswasserzähler				
Q3 4	mtl.	0,66	0,03	<b>0,69</b>
Q3 10	mtl.	1,23	0,06	<b>1,29</b>
Q3 16	mtl.	2,05	0,10	<b>2,15</b>
b) Verbundzähler				
Q 3 25 / DN 50 mm.	mtl.	20,45	1,02	<b>21,47</b>
Q 3 63 / DN 80 mm.	mtl.	25,82	1,29	<b>27,11</b>
Q 3 100 / DN 100 mm	mtl.	31,44	1,57	<b>33,01</b>
Q 3 250 / DN 150 mm	mtl.	46,78	2,34	<b>49,12</b>
Q 3 400 / DN 200 mm	mtl.	66,47	3,32	<b>69,79</b>

#### § 2 Leistungsentgelte für Standrohre

...

		Netto €	5 % MwSt. €	Brutto €
a) Sicherheitsbetrag (Kautions)				
Standrohr Q3 4		350,00	-	<b>350,00</b>
Standrohr Q3 10		350,00	-	<b>350,00</b>
Standrohr Q3 16		500,00	-	<b>500,00</b>
b) Miete pro angefangenen Monat		20,45	1,02	<b>21,47</b>
c) Trinkwasserpreis pro entnommenen m <sup>3</sup>		1,28	0,06	<b>1,34</b>
d) Für den Fall, dass das Standrohr aufgrund eines Umstandes, den der Mieter zu vertreten hat nicht fristgerecht vorgeführt oder zurückgegeben wird, wird eine Vertragsstrafe wie folgt vereinbart:				
aa) bei schuldhafter Überschreitung des Vorführtermins ab dem 6. Kalendertag der Vorenthaltung pro Kalendertag in Höhe von		1,53	0,08	<b>1,61</b>
bb) bei schuldhafter, nicht fristgerechter Rückgabe für die Dauer der Vorenthaltung pro Kalendertag in Höhe von		1,53	0,08	<b>1,61</b>

Die Vertragsstrafe beträgt in beiden Fällen maximal je 150,00 €. Weitere Schadensersatzansprüche bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird hierauf angerechnet.

...

#### § 8 Inkrafttreten

Die vorstehende Fassung der Preisregelungen tritt gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 10.07.2020 mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung unter Aufhebung der bisherigen Preisregelungen zum 01.08.2020 in Kraft.

Brake, im Juli 2020

OOWV, Georgstraße 4, 26919 Brake/Unterweser

Telefon 04401 / 916-0

[www.oowv.de](http://www.oowv.de)

